

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Ministerpräsident Horst Seehofer

Abg. Markus Rinderspacher

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Steffen Vogel

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Christine Kamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Margarete Bause

Abg. Michael Hofmann

Abg. Martin Neumeyer

Abg. Josef Zellmeier

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

## **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Flüchtlingspolitik**

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident. – Bitte schön.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wohl kein anderes Thema wühlt seit vielen Monaten die Bevölkerung in unserem Land so auf wie die Zuwanderungs- und Flüchtlingsfrage. Deshalb ist es für politisch Verantwortliche zuallererst Pflicht, den Menschen klar zu sagen, wie wir die Probleme lösen wollen, und zwar nicht durch warme und schöne Worte, sondern durch eine kluge Politik mit klarem Handeln. Das ist jetzt unser Auftrag.

(Beifall bei der CSU)

Ich war gestern Abend auf Wunsch der Landräte aus den Grenzregionen Bayerns in Deggendorf. Nun sind unsere Kommunalpolitiker, unsere Landräte und Oberbürgermeister gestandene Persönlichkeiten, die in ihrem Alltag täglich eine Menge aufarbeiten und viel stemmen. Ich habe noch nie Landräte und Oberbürgermeister – insgesamt waren es neun – in solcher Betroffenheit angetroffen wie gestern Abend im Landratsamt Deggendorf. Sie sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit, und zwar nicht in ihren Behauptungen, sondern real. Sie erkennen bei der Bundesregierung weder Ziel noch Plan. Jeden Tag improvisieren sie und treffen Notmaßnahmen. Zuletzt sind am 13. Oktober über 8.000 Flüchtlinge nach Bayern gekommen. Seit 1. September bis zum 13. Oktober sind knapp 300.000 Flüchtlinge in Bayern angekommen.

Auch die Regierungspräsidenten waren zu Gast. Diese haben uns berichtet, dass wir, wenn dies bis Ende des Jahres so weitergehe – und es gibt keine Zeichen der Entspannung –, bis Ende des Jahres, gemessen an der Situation Anfang September, die Unterbringungskapazitäten in Nieder- und Oberbayern, auch in ganz Bayern, verdoppeln müssen. Ich sage das, damit man die Größe der Aufgabe sieht, vor der die Ver-

antwortlichen stehen. Ich sage noch einmal: Bezogen auf den Zeitpunkt Anfang September ist bis Ende des Jahres eine Verdoppelung der Aufnahmekapazitäten und der Unterbringungsmöglichkeiten erforderlich.

Der Regierungspräsident von Niederbayern weist uns darauf hin, dass er, sollte es nicht gelingen, in den nächsten Tagen neue öffentliche Einrichtungen zu erhalten, aufgrund seiner Verpflichtung, die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen, schon in einigen Tagen zur Beschlagnahmung von Unterbringungsmöglichkeiten angehalten wäre. Das ist die aktuelle Situation, meine Damen und Herren, die Antworten verlangt und in der Ortsbesichtigungen, schlaue Sprüche oder auch warme Worte nicht weiterhelfen. Was die Menschen jetzt brauchen, sind Taten. Vor dem Hintergrund der Äußerungen des Regierungspräsidenten möchte ich hier für die Staatsregierung sagen: Eine Beschlagnahmung privaten Wohneigentums kommt für uns nicht infrage.

(Beifall bei der CSU)

Nicht wenige der Landräte und Oberbürgermeister stellen sich die Frage, ob es noch Sinn macht, in diesem System mitzuwirken, in dem wir gar nicht so viel erledigen können, ohne gleich wieder Neues beherrschen zu müssen. Auch Improvisationen und Notmaßnahmen sind endlich. Die Landräte können sehr genau vorrechnen, wie viele Turnhallen sie überhaupt noch haben. Selbst wenn diese in Notsituationen belegt würden, wäre auch diese Möglichkeit irgendwann nicht mehr gegeben, und zwar im Laufe dieses Jahres. Ich bin froh, dass sich gestern alle Gesprächsteilnehmer ? obwohl sie aufgewühlt und betroffen waren und gesagt haben, so kann es nicht weitergehen, wir werden da oben in Berlin nicht gehört ? nach einer Abwägung bereit erklärt haben, mit Improvisation und den Notmaßnahmen weiterzuarbeiten. Dies geschieht aus Verantwortung vor der Gesundheit und vor dem Leben der Flüchtlinge. Meine Damen und Herren, wir sind aber verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass diese Alarmsignale der Kommunalpolitiker in Berlin endlich gehört werden.

(Beifall bei der CSU)

Nach meiner tiefen Überzeugung müssen wir jetzt der gesamten Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik in Deutschland Ordnung und Inhalt geben. Zurzeit gilt keine Ordnung. Es gilt kein Vertrag, es gilt kein Gesetz. Meine Damen und Herren, ich hätte mir in meiner gesamten politischen Laufbahn nie vorstellen können, dass ich mich als Ministerpräsident des Freistaats Bayern dafür rechtfertigen muss, wenn ich dafür werbe, den Rechtsstaat wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Niemand vor Ort, weder die Vertreter des Staates noch die Kommunalpolitiker noch die Hilfsorganisationen, weiß, nach welchem System und nach welchen Regeln wir zurzeit in Europa und Deutschland handeln. Wenn die Menschen nicht den Glauben an unseren Rechtsstaat verlieren sollen, müssen wir wieder Ordnung und Inhalt in dieses Handeln bringen. Ich sage Ihnen: Das wird ohne Begrenzung der Zuwanderungszahlen nicht gehen. Dies soll in rechtsstaatlich einwandfreier Weise mit einer klaren politischen Konzeption geschehen. Meine Damen und Herren, ohne Begrenzung der Zuwanderung werden wir als staatliche Gemeinschaft in Deutschland und Europa grandios scheitern.

(Beifall bei der CSU)

Kein Land auf dieser Erde nimmt unbegrenzt Zuwanderer und Flüchtlinge auf. Das ist auch nicht zu verkraften, von keiner Gesellschaft auf dieser Erde. Das ist kein Widerspruch zum Schutz für Asylbewerber, die wegen ihrer religiösen oder politischen Überzeugung um ihre Gesundheit, um ihre Menschenwürde oder um ihr Leben fürchten müssen. Diesen Schutz stellen wir nicht infrage. Ich bin auch kein Anhänger der Idee, das Grundrecht auf Asyl infrage zu stellen.

Meine Damen und Herren, ohne eine Begrenzung der Zuwanderung werden wir die Integration der Zuwanderer in unsere Gesellschaft nicht schaffen. Ohne die Begrenzung der Zuwanderung werden wir die Akzeptanz und die Solidarität der Bevölkerung gegenüber Zuwanderern verlieren. Ohne eine Begrenzung der Zuwanderung werden

wir auch unabsehbare Sicherheitsprobleme für unseren Staat bekommen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Bundestagspräsident Norbert Lammert – wer ihn genauer kennt, weiß, dass er der Inbegriff von Liberalität und Toleranz ist – veröffentlicht heute folgende zwei Sätze: Nicht alle, die in Deutschland ihre Zukunft begründen wollen, können nach Deutschland kommen und hierbleiben. Und er fügt ein weiteres Argument zu den Argumenten hinzu, die ich gerade genannt habe. Er sagt: Die Begrenzung der Zuwanderung ist eine notwendige Voraussetzung für das Einlösen des Asylrechts. Er bestätigt damit, was ich gerade gesagt habe. Wir werden auf Dauer den notwendigen Schutz für verfolgte Menschen auf dieser Welt nicht gewähren können, wenn wir uns nicht auf eine Begrenzung der Zuwanderung verständigen. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Wenn wir bei der Zahl der Zuwanderer keine Grenzen setzen, wird uns die Bevölkerung die Grenzen setzen, und zwar durch den Entzug ihres Vertrauens. Das gilt für jede Regierung, ob in Berlin oder in München. Das wäre die Folge.

(Beifall bei der CSU)

Seit einigen Tagen gibt es schon wieder eine eigenartige Diskussion. Offensichtlich ist bei der Zuwanderungsbegrenzung alles möglich, wenn es nur weit genug weg ist. Wenn es um die Türkei, um Griechenland oder um Italien geht, ist jeder Vorschlag richtig. Wenn die Vorschläge jedoch das eigene Land betreffen, sind viele Haare in der Suppe. Wir können nicht glaubwürdig von der Türkei verlangen, dass sie ihre Grenzen sichert, aber gleichzeitig sagen: Unsere eigenen Grenzen können wir gegen eine Einwanderung nicht schützen. Meine Damen und Herren, das geht nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir befinden uns nicht in der komfortablen Lage, aus der Vielzahl der Vorschläge einen auswählen und dann der Bevölkerung ehrlichen Gewissens sagen zu können, jetzt sei das Problem gelöst, ihr müsst nur noch ein paar Wochen Geduld haben. Wir müssen vielmehr mehrere Vorschläge gleichzeitig und parallel auf den Weg bringen, weil kein Vorschlag für sich genommen ausreicht, um die Wirkung zu entfalten, die wir brauchen.

Wir wissen bei vielen Vorschlägen nicht, wie lange es dauern wird, bis sie realisiert werden. Wer möchte heute prophezeien, wie lange es dauern wird, bis wir mit der Türkei eine Vereinbarung geschlossen haben? Wer kann heute sicher vorhersagen, ob die Hotspots auf einer griechischen Insel wirksam dazu beitragen werden, den Zuwanderungsstrom zu dämpfen?

Wir sind nicht in der komfortablen Situation, aus einem großen Topf verschiedene Maßnahmen mit Pros und Kontras auswählen zu können. Wir müssen vielmehr alle Maßnahmen, die rechtsstaatlich machbar sind, ergreifen und sie in sehr kurzer Zeit umsetzen. Ich sagte bereits, dass dazu auch die klare politische Äußerung für die Weltöffentlichkeit gehört, dass auch in einem reichen und solidarischen Land wie Deutschland Grenzen der Zuwanderung bestehen. Wir können nicht alle Menschen aufnehmen, die zu uns kommen wollen. Das ist die klare politische Botschaft.

(Beifall bei der CSU)

Dazu gehört außerdem, dass wir in Europa wieder das Dublin-Verfahren in Kraft setzen und anwenden. Ich habe es noch nicht erlebt, dass einfach erklärt werden kann, dass etwas nicht mehr gelte. Mit einer solchen Entscheidung müssten sich zumindest die Parlamente beschäftigen. Im Grunde hatten wir eine gute Regel, nach der die Verfahren innerhalb der Europäischen Union in den Ländern durchgeführt werden, in die der Flüchtling zuerst kommt. Diese Länder sind sicher. Das ist eine der Voraussetzungen dafür, dass sie der Europäischen Union angehören können. Bei der Abschaffung der Binnengrenzen, der nationalen Grenzen, haben wir der Bevölkerung versprochen:

Wir schaffen diese Grenzen ab, aber wir gewährleisten eure Sicherheit a) durch das Schengener Abkommen, also durch die Kontrolle an den Außengrenzen, und b) durch das Dublin-Verfahren, wonach bei Asylverfahren die Registrierung der Flüchtlinge in den Ländern durchgeführt wird, die der Flüchtling zuerst betritt.

Anhand der Entwicklung der Flüchtlingszahlen seit September können wir sehr genau ablesen, dass genau die Aufhebung dieses Grundsatzes zu der Sogwirkung geführt hat, die wir prophezeit haben. Deshalb ist es neben dem genannten politischen Signal notwendig, das Dublin-Verfahren wieder in Kraft zu setzen und die Regeln von Dublin wieder zum Tragen zu bringen. Wir können nicht einfach Flüchtlinge in andere Länder zurückweisen, wenn das Dublin-Verfahren nicht angewendet wird.

Warum sollten die Länder Flüchtlinge nicht einfach durchwinken, wenn sie wissen, dass sie nicht damit rechnen müssen, dass diese Flüchtlinge wieder in ihr Land zurückkommen? Das kalkulieren einige Länder sogar ein, wenn sie die Flüchtlinge per Bus an die Grenze fahren. Gestern Abend habe ich erfahren, dass Flüchtlinge nicht nur an einen bestimmten Punkt der Grenze gebracht werden, sondern dass sie, wenn sich an diesem Ort bereits mehrere Flüchtlinge befinden, manchmal 30 km weiter nach Süden gefahren werden. Die Flüchtlinge gehen danach über die bayerische Grenze, wo sie dann wiederum 30 km zurück in ein Aufnahmezentrum gefahren werden. Das ist die Lage.

Die Bayerische Staatsregierung tritt nachdrücklich für die Schaffung von Transitzentren ein. Joachim Herrmann hat dies bereits angesprochen. Dies ist eine Möglichkeit, die das europäische Recht für diesen Fall vorsieht. Ich verspreche mir von diesem Lösungsansatz sehr viel; denn die sicheren Herkunftsstaaten liegen nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in Afrika.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Kontingentierung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Ich unterstütze diesen Vorschlag meiner Fraktion ausdrücklich. Das gilt auch für die anderen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um zu einer Kontingentierung

der Bürgerkriegsflüchtlinge zu kommen. Bei der Verteilung der Kontingente müssen auch Staaten einbezogen werden, die gerade im Hinblick auf diese Flüchtlinge eine besonders hohe Verantwortung haben, wie die Vereinigten Staaten und die arabischen Staaten.

(Beifall bei der CSU)

Nur wenn wir diese Maßnahmen insgesamt durchführen, einschließlich der Kontrolle und des Schutzes unserer EU-Außengrenzen, wird es zu einer wirksamen Begrenzung des Flüchtlingszustroms kommen. Ich bin ziemlich sicher, dass wir uns auch in dieser Frage früher oder später durchsetzen werden. Das entspricht meiner Erfahrung in der Flüchtlingsdiskussion der letzten zwei Jahre. Wir haben zu einem relativ frühen Zeitpunkt, exakt vor über zwei Jahren, darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge massiv aufzustocken. Dort sind heute immer noch weniger Leute als am Beginn der Neunzigerjahre beschäftigt, obwohl damals die Flüchtlingszahlen deutlich geringer waren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dank eurem Innenminister!)

Meine Damen und Herren, mir wurde immer gesagt, wir hätten über 100 Kulturen, und es gäbe keine Dolmetscher. Jetzt, im Oktober 2015, wird dieses Thema Gott sei Dank aufgegriffen. Wir wurden lange nicht gehört. Wenn das jemand in der Bundesrepublik Deutschland schafft, dann ist es Herr Weise, den ich gut kenne. Ihm wünsche ich von ganzem Herzen Glück dabei, dass er die 300.000 Rückstände und auch die Arbeit der Zukunft gut meistert. Er ist ein hervorragender Beamter.

(Beifall bei der CSU)

Seit Langem fordern wir in umfassender Weise die Ausweisung sicherer Herkunftstaaten. Seit Langem fordern wir, dass bei Menschen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, die Sozialleistungen eingestellt werden. Reden Sie einmal mit den Regierungschefs der osteuropäischen Staaten!

(Zuruf von der SPD: Mit Orbán!)

Sie waren allesamt bei mir und haben mich im Hinblick auf den Balkan darauf hingewiesen, dass die Höhe der Sozialleistungen ein ganz wesentlicher Anreiz für die Flüchtlinge ist. Deshalb haben wir auch immer gefordert, in diesen Fällen nicht Geldleistungen, sondern Sachleistungen zu gewähren und die Sozialleistungen dann einzustellen, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar besteht. Das alles einschließlich zusätzlicher Stellen beim BAMF fordern wir seit langer Zeit.

Wie sehr bin ich persönlich dafür gescholten und mit Spott und Häme überzogen worden! Ich fahre am Freitag nur deshalb in den Bundesrat, um all denen bei der Abstimmung zuzuschauen, die mich seit mehr als zwei Jahren deswegen kritisieren und die am Freitag ihre Hand heben und diesen Maßnahmen zustimmen werden. Unter den Mitgliedern der Landesregierungen werden auch nicht wenige von den GRÜNEN sein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Aufgrund meiner politischen Erfahrung sage ich Ihnen: Wenn man ein Problem klipp und klar identifiziert, wenn man menschliche Verhaltensweisen und das, was auf die Menschen wirkt, berücksichtigt, wenn Menschen bestimmte politische Äußerungen als Einladung begreifen und wenn in den Flüchtlingslagern gesagt wird, die Deutschen wollen, dass die Menschen hierher kommen, dann ist man als verantwortlicher Politiker gut beraten zu handeln. Wenn der Politiker unter Zwang handelt, weil ihn die Situation dazu zwingt, wenn er nicht mehr die Freiheit hat, die richtige Entscheidung zu treffen, wenn er nur mehr auf die tatsächliche Entwicklung reagieren kann, dann werden ihm die Leute diese Entscheidungen auch nicht mehr abnehmen. Wir müssen rechtzeitig und in Freiheit handeln und das Richtige tun. Niemand kann ernstlich bezweifeln, dass wir nach der deutschen Einheit und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vor der dritten großen Herausforderung der letzten 25 Jahre stehen. Ich rufe deshalb zum Handeln auf.

(Beifall bei der CSU)

So, wie wir am Freitag recht bekommen werden, werden wir auch in der Frage der Zuwanderungsbegrenzung recht bekommen. Jetzt möchte ich in aller Zurückhaltung und Sachlichkeit Folgendes an die Seite der Opposition sagen: In den letzten Tagen – das mache ich eigentlich immer, aber jetzt besonders konzentriert – habe ich mit allen gesellschaftlichen Gruppen gesprochen, die Tag für Tag bis zur Erschöpfung für die Flüchtlinge und die Menschen, die zu uns kommen, und deren Versorgung arbeiten. An dieser Stelle übrigens noch einmal Danke für diese unglaublich große Leistung der Menschen in unserem Land!

(Allgemeiner Beifall)

Das, was hier geschieht, ist praktizierte Nächstenliebe. Da wird nicht groß gesprochen, da wird rund um die Uhr gearbeitet, und dies seit vielen Wochen.

Ich habe mit den Kirchen, mit den Wohlfahrtsorganisationen, mit den Hilfsorganisationen, mit den Schulen, den Lehrern und den Schulleitern, mit den Kommunalpolitikern und mit den Medizinern und den Krankenhäusern gesprochen. Ihnen, der Opposition, will ich etwas vermitteln, was mir vonseiten der Hilfsorganisationen ans Herz gelegt wurde. Sie haben gesagt: Sagen Sie doch bitte im Bayerischen Landtag, dass die Frage der Flüchtlinge uns alle zusammenführen muss. Diese Frage darf nicht dazu führen, dass sich unsere Gesellschaft spaltet, dass wir im Landtag einen parteipolitischen Streit, der bei anderen Themen sein muss, austragen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sehr richtig!)

Wir sind dazu bereit, damit Sie das nicht falsch einstufen. Die Hilfsorganisationen haben gesagt: Es geht doch jetzt auch um Bayern und darum, wie wir in Bayern und damit auch in Deutschland das alles bewältigen. Deshalb möchte ich diese Aufforderung an mich gerne aufgreifen und hier im Parlament dafür werben, dass wir in den nächsten Tagen und Wochen diese Fragen bei aller Notwendigkeit, über die Richtigkeit des einen oder anderen Weges zu diskutieren, gemeinsam behandeln. Deshalb sage ich das im Auftrag der Hilfsorganisationen. Ich mache der Opposition das Ange-

bot, vielleicht zu versuchen, dass wir jedenfalls die Kernfragen unserer Zuwanderungs- und Integrationspolitik gemeinsam weiterverfolgen und darüber entscheiden. Das ist mein Anliegen.

(Beifall bei der CSU)

Die Zuwanderungsbegrenzung ist das eine. Wir müssen aber auch in Berlin die Alarmsignale der Kommunalpolitiker und der Helfer ernst nehmen. Wir dürfen nicht sagen: Die Bayern sind so gut, die werden das auch im nächsten Jahr noch machen. Es sind fundierte Alarmsignale, es sind keine leeren Drohungen oder Worthülsen. Ich möchte in wenigen Wochen nicht hören: Das hätte man uns sagen müssen.

Deshalb sage ich auch hier noch einmal bewusst: Niemand anderes als der Bund ist für die Zuwanderung und für das Aufenthaltsrecht zuständig. Bei all den Komplikationen, Schwierigkeiten und Problemen, die wir im Alltag haben, sage ich Ihnen: Für diese Aufgabe wird Bayern nicht die politische Verantwortung tragen. Für alles das, was dabei in der Praxis stattfindet oder noch stattfinden wird, trägt derjenige die Verantwortung, der die Regeln dafür bestimmt.

(Beifall bei der CSU – Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Das ist billig!)

Eines geht nicht, meine Damen und Herren: Im Juli haben wir bei der Ministerpräsidentenkonferenz von der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung das schöne Wort der Verantwortungsgemeinschaft gehört. Im Fall der Zuwanderungszahlen sieht die Verantwortungsgemeinschaft aber so aus, dass der Bund die Regeln setzt und die Verantwortlichen vor Ort die Gemeinschaft pflegen müssen. Meine Damen und Herren, das geht nicht!

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind ja Bund!)

Die zweite Säule, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu fördern und die Integration zu stärken, ist uns ebenso wichtig. Dabei sind alle Verantwortlichen in Bayern schon gut. Wir sind ein Land der gelingenden Integration. Im Juli habe ich hier vor

dem Parlament gesagt, dass wir fast zwei Millionen Menschen in den letzten 25 Jahren aufgenommen haben. Bei uns gelingt die Integration. Ich denke dabei nur an die Anteile der Migranten in den Ballungsräumen München, Augsburg, Ingolstadt, Regensburg, Würzburg und Nürnberg. Wir haben damit bis jetzt keine ernsthaften Probleme. Die Bevölkerung in Bayern macht Integration so, dass sie gelingt. Wir leben nicht gegeneinander, sondern miteinander. Wir haben auch immer Wert darauf gelegt, dass es nicht zu Parallelgesellschaften kommt. Das müssen wir jetzt fortsetzen und verstärken.

Das bayerische Kabinett hat am vergangenen Freitag zusätzlich zu dem, was im Haushalt für 2015 und 2016 schon vorgesehen ist, ein Paket für eine deutliche Verstärkung der Integrationsbemühungen beschlossen. Nachdem ich die Situation in den anderen Bundesländern ziemlich gut kenne, darf ich hier sagen: Das ist in der ganzen Bundesrepublik Deutschland erstmalig und einmalig. Das ist glaubwürdige Politik, meine Damen und Herren: sich nicht nur mit den Flüchtlingszahlen zu beschäftigen, was aus bestimmten Gründen zwingend notwendig ist, sondern auch mit den Menschen, die sich hier um die Flüchtlinge kümmern, damit die Flüchtlinge, soweit sie schutzbedürftig sind und Bleiberechte haben, vorübergehend oder dauerhaft, gut integriert werden. Das ist eine zutiefst humane Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Wenn uns die Integration nicht gelingt – sie muss uns gelingen, und bei dem Teil sage auch ich: Wir schaffen es, aber nur bei diesem Teil –, dann geht das zuallererst zulasten der kleinen Leute in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

Mich alarmieren – ob die Meldungen stimmen, weiß ich nicht – so manche Vorkommnisse an Tafeln in diesen Tagen. Ich kenne aus meiner Erfahrung von Anfang der Neunzigerjahre die Konkurrenzsituation um Arbeitsplätze und Wohnungen. Wenn man vermeintlich den einen etwas wegnimmt, um es den anderen zu geben, schafft das

böses Blut. Deshalb sage ich für die gesamte Bayerische Staatsregierung: Wir werden weder beim Wohnungsbau noch bei den Arbeitsplätzen noch bei den Ausbildungsplätzen noch bei den Sozialleistungen irgendeinem Menschen in Bayern etwas wegnehmen, um mit dem Weggenommenen die Flüchtlinge zu versorgen. Das wollen wir nicht. Das, was wir tun, muss mit Zusatzanstrengungen erfolgen und nicht mit Kürzungen.

(Beifall bei der CSU)

Das, was wir machen, gilt für alle in unserem Lande. Das gilt auch für diejenigen, die hier leben. Das möchte ich deutlich machen für den gesamten Bereich, den Sie gerade diskutiert haben: die Polizei, die Justiz, die öffentliche Verwaltung, die Behörden, die Schulen. Zusammen mit den Stellen im Stammhaushalt schaffen wir im Jahr 2016 knapp 5.500 neue Stellen, und zwar nicht, weil wir den Apparat aufblähen wollen. Wir schaffen diese 5.500 Stellen, über 3.700 durch die Entscheidung des Kabinetts vom Freitag. Für die Leute war beeindruckend, dass sie einmal einer Politik begegnen, die ihnen nicht nur Danke sagt für die große Leistung, die sie nicht nur mit warmen Worten wieder nach Hause schickt, sondern die sie durch Taten erleben lässt: Jawohl, die nehmen unsere Belastung und unsere Argumente ernst, dass es so nicht weitergehen kann, bei gleichem Personal eine Million Flüchtlinge zu versorgen, viele davon vorübergehend, weil sie über Bayern nach Deutschland kommen. Meine Damen und Herren, deshalb sagen wir: Wir brauchen mehr Polizeibeamte, um auch die Sicherheit unseres Landes zu schützen.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen mehr Justizbeamte, Staatsanwälte und Verwaltungspersonal in der Justiz. Der Präsident des Verwaltungsgerichtshofs hat uns erläutert: Wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – BAMF – jetzt wirklich über Zehntausende von Anträgen in kurzer Zeit, wie angekündigt, entscheidet, gehen Sie bitte davon aus, dass die Hälfte davon wieder bei uns, beim Gericht landet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch was!)

Wenn Sie nicht wollen, dass der Antragsstau an das Gericht weitergereicht wird, dann müssen Sie uns die Stellen geben. – Diese Stellen haben wir auch gegeben. Wir haben noch Folgendes gemacht – das bitte ich zu berücksichtigen, wenn wir in diesen Tagen schon so viel über Fairness sprechen –: Ich habe dem VGH-Präsidenten gesagt: Wir werden für das Jahr 2016 neben den neuen Stellen – 62 an der Zahl – eine Richterreserve schaffen, und zwar nicht nur für die Verwaltungsgerichte, sondern auch für die ordentliche Gerichtsbarkeit. – Darüber können Sie im Haushaltsausschuss reden. Ich habe auch nichts dagegen, wenn noch mehr zur Verfügung gestellt wird. Diese Richterreserve wird dann freigegeben, wenn die Praxis zeigt, dass wir sie brauchen, um die Aufgaben zu bewältigen. Das ist ein vernünftiger Vorgang.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Ich sagte es zu Beginn meiner Rede – ich war vor 20, 25 Jahren einmal Anhänger der Auflösung der Bezirksregierungen. Jetzt muss ich Ihnen sagen, das darf man im Leben auch einmal:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann wären Gebäude frei geworden!)

Nach der Hochwasserkatastrophe, die die Regierungen mit gemanagt haben, und dem Erleben, was die Regierungspräsidenten und ihre Mitarbeiter seit vielen Wochen gemeinsam mit den Ausländerbehörden der Landratsämter und der Stadtverwaltungen leisten, müssen wir auch – das tun wir mit über 1.000 Stellen – die Verwaltungsbehörden unterstützen, meine Damen und Herren. Sie haben die Anerkennung verdient, und zwar nicht mit warmen Worten, sondern mit Taten. Sie müssen entlastet werden. Ich habe noch nie ein solches Gespräch mit Schulverbänden und Lehrerverbänden geführt, so positiv, so freundlich, weil wir Mittel und Stellen zur Verfügung stellen – wenn ich es richtig im Kopf habe, für 1.700 Lehrer.

Meine Damen und Herren, wenn Integration gelingen soll, dann ist natürlich die soziale Integration einschließlich des Spracherwerbs notwendig, aber vor allem auch die Integration über den Beruf, über die Ausbildung.

(Beifall bei der CSU)

Bildung ist auch für die Zuwanderer das Tor zum Leben. Da vagabundieren immer noch viele Stellungnahmen herum, als kämen lauter Ingenieure, Chefärzte und Facharbeiter.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das ist falsch. Aber man darf jetzt nicht bei der Feststellung verharren, 20 % seien Analphabeten, 90 % seien Menschen mit geringer oder ohne Qualifikation, sondern man muss darauf reagieren, indem man niedrighschwellige Angebote schafft, um viele Leute überhaupt zu qualifizieren, damit sie ausgebildet werden können. Dann müssen wir die Ausbildung organisieren, und dann müssen wir den Arbeitsplatz organisieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alles schon beantragt! Alles abgelehnt!)

Darauf reagieren wir mit diesen Stellen. Das beginnt in der Schule und schon vorher im Kindergarten.

(Beifall bei der CSU)

Polizei, Justiz, Verwaltung, Lehrer – all dies gehört zu unserem Programm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken". Sie sehen allein an dem Personenkreis: Integration richtet sich nicht nur an die Zuwanderer, sondern Integration kann nur gelingen, wenn wir auch die Menschen, die hier in Bayern leben, in die Lage versetzen, von der Zeit, von den Stellen, von der gesamten Logistik, von der Organisation her diese Integration auch zu bewerkstelligen. Nur so hält unsere Gesellschaft zusammen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Da könnten wir schon weiter sein! – Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Was machen denn Ihre Leute? Ihr habt gar

nichts auf der Pfanne! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ihr habt alles abgelehnt! –  
Martin Güll (SPD): Jeder Antrag abgelehnt! – Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Und dann gibt es Dinge, die ganz wuchtig ausfallen. Ilse Aigner, Emilia Müller und Ludwig Spaenle haben mit der bayerischen Wirtschaft ein Projekt definiert, das wir am Dienstag unterschrieben haben und das vorsieht, dass wir im nächsten Jahr 20.000 und bis zum Jahr 2019 mit Anstrengungen der Wirtschaft und Unterstützung der Politik sage und schreibe 60.000 Praktikanten-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Ich danke dem Handwerk, den Gremien der Industrie- und Handelskammern und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Das ist vorbildlich, wie die sich bei der Integration einbringen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Ich sage auch an die Adresse der Menschen, die hier leben: Wir haben viele Menschen, gerade junge Menschen, mit Handicaps, die auch bei einer guten wirtschaftlichen Lage Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt einen Platz zu finden. Durch diese Zusatzmaßnahmen werden die Chancen, die Förderung und die Unterstützung für keinen Menschen auf dem deutschen Arbeitsmarkt beeinträchtigt. Ich kann allen, die hier leben, zusichern, dass auch ihre Förderung durch den Staat, durch die Politik und durch die Wirtschaft weiter und uneingeschränkt erfolgen wird. Auch das ist wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den sozialen Wohnungsbau: Bis zum Jahre 2019 sollen 28.000 staatliche geförderte Wohnungen entstehen. Dazu – das möchte ich hier sagen – muss auch noch viel im Planungsrecht, im Bauordnungsrecht geleistet werden. Das ist übrigens für uns alle – ich zähle mich auch dazu – eine große Chance über Entbürokratisierung nicht immer nur schöne Reden zu halten, sondern jetzt auch sinnvolle Entbürokratisierung im Bauplanungs- und -ordnungsrecht durchzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zu diesem Programm, dem Wohnungspakt für 28.000 Wohnungen, wird noch der frei finanzierte Wohnungsbau hinzukommen. Zu mir sagt man übrigens immer: Das Wichtigste sind hier Planungsrecht und Bauordnungsrecht, gerade im Großraum München. Aber wir sind noch in Verhandlungen mit dem Bund, um den frei finanzierten Wohnungsbau mit steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten anreizen zu können. Die Bayerische Staatsregierung wird sich dafür einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Und dann die Sprache! – Natürlich sind die Bundesagentur und der Bund bei der beruflichen Integration besonders gefordert, aber die Sprache ist auch in den Kindergärten, in der Schule und bei der Vorbereitung auf Beruf und Ausbildung, in der sozialen Integration ein Bestandteil, der uns angeht. Deswegen verstärken wir die Sprachförderung auch in den Kindergärten und Kitas. Ich stimme unserer Landtagspräsidentin ausdrücklich zu, die mir bei jeder Gelegenheit sagt: Wartet doch nicht erst drei Monate ab – das ist die Frist für die Aufnahme einer Berufstätigkeit -, sondern findet ein Verfahren, um bei denen, die schutzbedürftig sind und aller Voraussicht nach hierbleiben können, schon in den ersten drei Monaten beginnen zu können. Jeder Tag ist dabei wertvoll; jeder Tag ist wertvoll, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Das ist ein kräftiges Integrationspaket, und das alles kommt zu dem hinzu, was Bayern ohnehin schon tut. Es wird zusätzlich – das werden wir heute Nachmittag von Markus Söder hören – etwa eine halbe Milliarde Euro ausmachen. Wir haben auch im Bund einiges zur Finanzierung solcher Dinge herausverhandelt.

Meine Damen und Herren, die schöne Botschaft für die Öffentlichkeit ist, dass wir dies und anderes jedenfalls für diesen Doppelhaushalt 2015/2016 finanzieren können, ohne unsere haushaltspolitischen Ziele, die für ganz Deutschland Vorbild sind, zu ge-

fährden. Es bleibt beim ausgeglichenen Haushalt; wir werden keine Schulden aufnehmen, und wir werden auch weiter an der Schuldentilgung festhalten. Das ist eine klare Botschaft.

(Beifall bei der CSU)

Dass wir das jetzt alles finanzieren können, verdanken wir zum einen den Verhandlungen im Bund, zum anderen aber auch der Tatsache, dass wir über Jahre hinweg sehr vernünftig gewirtschaftet und auch eine Rücklage gebildet haben, wie es sie kein zweites Mal in Deutschland gibt, um für solche Situationen – es könnten auch andere Situationen sein, eine Konjunkturkrise usw. – eine Reserve zu haben. Wäre der Finanzminister Schwabe, müsste ich sagen: Er ist eine schwäbische Hausfrau; so muss ich sagen: Er ist eine fränkische - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hausmann!)

- Er ist ein fränkischer Hausmann.

(Allgemeine Heiterkeit – Inge Aures (SPD): Das war ein Freud'scher Versprecher!  
– Weitere Zurufe)

Aber da gibt es keine Qualitätsunterschiede. Ist das vernommen worden? – Es gibt da keine Qualitätsunterschiede!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung wird dem Bayerischen Landtag ein Integrationsgesetz zuleiten.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir wollen eine fränkische Bratwurst!)

dass die Integration eine Richtung hat, nicht eine Beliebigkeit. Wir wollen Identität und Vielfalt; das ist ganz etwas anderes als Multikulturalität. Ich sage: Wer selbst das Grundrecht auf Asyl einfordert, muss auch die Grundrechte anderer respektieren.

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Das ist die Grundrichtung unserer Integration.

(Beifall bei der CSU)

Und deshalb fordern wir diese Grundsätze bei der Integration ein. Übrigens hat der Präsident des Deutschen Bundestages sie heute als deutsche Leitkultur bezeichnet. Was sind wir dafür gescholten worden, als wir vor zehn Jahren die Notwendigkeit betont haben, dass die deutsche Sprache zur Integration gehört, dass man die Sprache des Landes lernt! – Alles ist zunächst kritisiert worden, wie jetzt auch wieder viele Vorschläge, und alles ist heute Allgemeingut.

(Natascha Kohnen (SPD): So ein Quatsch!)

Deshalb werden wir hier im Landtag eine anspruchsvolle Diskussion über die Identität unseres Landes, über die Grundwerte unseres Landes und – ich sage auch: – über die Leitwerte unseres Landes führen müssen. Das muss die Grundlage eines solchen Gesetzes sein.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein großartiges Land. Die Menschen, die hier leben, sind selbstbewusst und tolerant. Für uns in Bayern ist der Satz "Leben und leben lassen" täglich geübte Realität. Die Verwurzelung in Tradition und Kultur, in den Leitwerten einerseits und in Weltoffenheit andererseits zeichnen Bayern seit vielen Jahrhunderten aus. In diesem Zusammenhang hat mich ein Brief, den ich vor wenigen Tagen bekommen habe, sehr beeindruckt, ein Brief der Präsidentin der Israelitischen

Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch. Sie hat darin Folgendes geschrieben:

Ich appelliere an Sie als Demokraten, das Thema Patriotismus und den Erhalt unserer Kultur und unserer Werte noch viel stärker als bisher auf die Agenda zu setzen.

(Beifall bei der CSU)

Ständig ist zu hören, wie darüber debattiert wird, wie sich unser Land nun verändern wird. Ich

– so Charlotte Knobloch –

bin der festen Überzeugung: Unser Land darf sich nicht verändern.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Diesem Wort von Charlotte Knobloch muss man nichts hinzufügen. – Ich danke.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Gäste zu begrüßen. Auf der Ehrentribüne haben Herr Jeffrey Hovenier, Gesandter Botschaftsrat für politische Angelegenheiten der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, und Herr Konsul Scott Woodard, Leiter der politischen und wirtschaftlichen Abteilung am Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in München, Platz genommen. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen informativen und angenehmen Aufenthalt in diesem Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 132 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt: CSU 44 Minuten, SPD 33 Minuten, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 27,5 Minuten. Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Rinderspacher von der SPD.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Ich möchte etwas von dem zurückgeben, was mein Leben mir geschenkt hat." Das sagt der 71-jährige Flüchtlingshelfer Helmut Schweiger aus München-Trudering. Helmut Schweiger hat sich zu seinem Geburtstag von seinen Freunden keine Geschenke gewünscht. Nach einem erfolgreichen und erfüllten Berufsleben hat er alles Wichtige, was er braucht, sagt er. Stattdessen hat er im Freundeskreis Geld gesammelt und selbst noch etwas für die Flüchtlinge obendrauf gelegt. Seit vielen Monaten engagieren sich Waltraud und Helmut Schweiger in der Flüchtlingsunterkunft in der Münchner Fauststraße. Dort leben etwa 100 junge Männer, vorwiegend aus Eritrea. Sie sind aus dem afrikanischen Gulag vor einer der brutalsten Diktaturen geflüchtet, die es je auf dem schwarzen Kontinent gegeben hat. Waltraud und Helmut Schweiger engagieren jeden Sonntag Wochenendausflüge mit den Flüchtlingen, mit dem Radl geht es auf den bayerischen Bauernhof oder ins Deutsche Museum.

Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt sich mit Menschen wie Waltraud und Helmut Schweiger in diesen Monaten von seiner allerstärksten Seite.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Freistaat lassen sich nicht von Kleinmut, Verzagtheit, Zögerlichkeit und Kulturpessimismus regieren und beherrschen. Landauf, landab helfen pensionierte Lehrer jugendlichen Flüchtlingen bei den Hausaufgaben oder geben Deutschunterricht. Ehrenamtliche unterstützen Asylsuchende dabei, sich im Behörden- und Formularschungel zurechtzufinden. Sie begleiten kranke Flüchtlingskinder bei Arztbesuchen. Jurastudenten bieten eine kostenlose Rechtsberatung an.

Unsere Landeshauptstadt München hat in diesen Wochen ihrem Ehrentitel "Weltstadt mit Herz" neues Gewicht gegeben, München steht damit exemplarisch für ganz Bayern. Die Münchnerinnen und Münchner reichen den Zufluchtsuchenden bei der Ankunft im Hauptbahnhof die Hand. Sie sind hilfsbereit und solidarisch. Sie verstehen den Hinweis der Bundeskanzlerin "Wir schaffen das" als ermutigende Aufforderung und lassen sich auch von missmutigen Bekundungen nicht abbringen. Der britische "Independent" schreibt mit Blick auf die Bilder aus München von einem moralischen Vorbild.

Wenn die CSU die bayerischen Bilder der Hilfsbereitschaft und des Willkommens als kontraproduktiv bezeichnet, wenn Herr Seehofer auch am Wochenende – wie auch heute in der Regierungserklärung – von der Kanzlerin wieder ein gegenteiliges Signal, also ein Signal des Nicht-Willkommens, der Abschottung und der Abschreckung, einfordert, hat die Bundeskanzlerin zu Recht irritiert reagiert, dass ausgerechnet ihre Schwesterpartei, eine sich christlich nennende Partei, öffentliche Zeichen der Hilfsbereitschaft und christlicher Nächstenliebe missbilligt.

(Beifall bei der SPD)

Die Kanzlerin hat bereits das Notwendige an ihre Schwesterpartei adressiert. Ich füge hinzu: Wir sollten die Macher der Mitmenschlichkeit in unserer bayerischen Gesellschaft bestärken und nicht von oben herab verunsichern. Wir sind stolz auf die hilfsbereiten Menschen in Bayern. Wir sind stolz auf dieses Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir erleben im Moment eine historische Phase, in der sich die Globalisierung in unserem Land für viele Menschen fühlbar von ihrer hässlichsten Seite präsentiert. Für viele Bayern ist das eine neue Erfahrung. Als Globalisierungsgewinner hatten wir in Bayern in den letzten Jahren enorme Wohlstandszuwächse. Als Exportland haben wir wie

kaum eine andere Region in Europa von der globalisierten Welt der kurzen Wege und der kurzen Verbindungen profitiert.

Nun erlebt die bayerische Bürgerschaft internationale Politik von einer anderen Seite. Aleppo und Kundus waren Rosenheim und Schwabach noch nie zuvor so nahe wie in diesen Tagen. An einer solchen historischen Wegmarke ist es mitunter nützlich, einen kurzen Moment innezuhalten. Ich möchte an eine der ganz großen Regierungserklärungen hier im bayerischen Parlament vom 16. Dezember 1946 erinnern. In den Trümmerjahren 1945 und 1946 war Bayerns Bevölkerung mit 1,9 Millionen Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten – 1,9 Millionen Flüchtlinge in zwei Jahren! – um 28 % angewachsen. Der erste Ministerpräsident des Freistaats, der Vater der bayerischen Verfassung, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, hat die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land damals zum starken Zusammenhalt und zur Solidarität mit den Schwächsten der Schwachen aufgerufen. Er war vor Ort in den Flüchtlingsunterkünften. So haben es Ministerpräsidenten damals gehandhabt, und so handhaben es auch 2015 die Ministerpräsidenten in allen anderen Bundesländern.

Hoegner sagte: Das Flüchtlingsproblem in Bayern bildet eine unserer größten Sorgen; wir müssen diesen wurzellos gewordenen Menschen so rasch wie möglich wieder zu ihrer Heimat verhelfen; sie alle müssen vor der schlimmsten Not geschützt und in unsere Wirtschaft eingegliedert werden.

Wilhelm Hoegners Einsatz für die Flüchtlinge war in der Bevölkerung damals alles andere als populär. Die Neuankömmlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten waren ausgesprochen unbeliebt. Aber Hoegner wusste, was ein Landesvater in einer solchen Zeit zu tun hat. Er hätte niemals versucht, Schwache gegen Schwache auszuspielen.

(Beifall bei der SPD)

Damit wir uns richtig verstehen: Wir setzen Flüchtlinge und Vertriebene 1945/1946 und heute nicht gleich. Die Unterschiede – die Fluchtursachen, die politischen Um-

stände und die kulturelle Andersartigkeit, um nur einige zu nennen – liegen auf der Hand. Damals kamen Deutsche zu Deutschen. Aber – und das ist die grundlegende Gemeinsamkeit – damals wie heute kommen Menschen zu Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Flüchtlinge aus Böhmen, Schlesien, Pommern und Syrien teilen eine gemeinsame existenzielle Grunderfahrung, die Erfahrung von Krieg, von Not und Tod, von Leid und Elend und von Unrecht. Millionen Familienbiografien in Bayern sind von ihrem Flüchtlingschicksal geprägt. Wir kennen das sehr gut, sagte der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Jugend Peter Paul Polierer im Gespräch mit der Landtags-SPD. Er sagte: Ein Flüchtling ist ein Flüchtling und ein Vertriebener ein Vertriebener, egal, ob vor 70 Jahren oder heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sorgen und Ängste der Einheimischen damals waren nach 1945 gewiss nicht geringer als heute. Aber die damalige Bayerische Staatsregierung hat ihre Ressentiments nicht noch verstärkt. Ich denke, das Hohe Haus und die Bayerische Staatsregierung sind in diesen Monaten gut beraten, eine Anleihe an Tatkraft und an Zuversicht, aber auch an Realismus bei Wilhelm Hoegner und der Aufbaugeneration unseres Landes zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nach den schlechten Kritikern und den sinkenden Umfragewerten für die Union hat die Öffentlichkeit heute die Regierungserklärung von Herrn Seehofer mit großer Spannung erwartet. Über der CSU war in den letzten Wochen viel Kritik niedergegangen. Die "BILD"-Zeitung attestiert Herrn Seehofer, er agiere wie ein Kleinkind, das bei Regen mit den Füßen aufstampft und schreit: Ich will nicht, dass es regnet. Die "Süddeutsche" schreibt vom flüchtlingspolitischen CSU-Klamauk. "Spiegel Online" beschreibt die Politik des CSU-Vorsitzenden als geschichtsvergessen, ohne Sinn und Verstand.

Herr Ministerpräsident, wir hatten Ihre Rede mit großer Spannung erwartet. Wir hatten erwarten dürfen, dass Sie heute sagen, wo es langgeht und was zu tun ist,

(Jürgen W. Heike (CSU): Hat er doch!)

statt sich in Larmoyanz zu baden, Bayern sei überfordert, und der Bund solle es jetzt richten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat heute Tatkraft simuliert, das heißt vorgetäuscht. Er hat Scheinlösungen präsentiert. Er ist in vielen Bereichen bewusst im Vagen geblieben und hat konkrete, handhabbare Lösungsvorschläge nicht vorgelegt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Diese Regierungserklärung war eine Demonstration der Hilflosigkeit und der Machtlosigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir stellen fest, dass der bayerische Ministerpräsident außerparlamentarisch durchaus anders agiert als hier im Hohen Hause. Wir müssen den Eindruck gewinnen, als würde er vor seinen Reden hier im Parlament hin und wieder Kreide fressen. In den Bierzelten und Wirtshäusern hören sich seine Reden mitunter ganz anders an.

(Unruhe bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Unverschämt! – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt erst eine Woche zurück, als der Ministerpräsident von "Notwehr", "Nothilfe" und "Notmaßnahmen" sprach, die in Bayern nötig seien. Auch die Bayerische Verfassung kennt solche Maßnahmen. Geregelt sind sie in Artikel 48, der das Notstandsrecht zum Gegenstand hat. Wenn Notmaßnahmen nötig

sind, muss die Staatsregierung unverzüglich den Landtag einberufen und ihn von allen getroffenen Maßnahmen unverzüglich verständigen.

Herr Seehofer hat nicht den Landtag, sondern die bayerische und die übrige deutsche Presse einberufen. Er hat angekündigt, Bayern werde gegen die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin Verfassungsklage in Karlsruhe einreichen.

Herr Ministerpräsident, wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie heute darlegen, auf welcher Grundlage Sie die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin verklagen möchten. Was sind Ihre Überlegungen und Planungen? Im Grundsätzlichen müssten Sie erklären: Sind Sie eigentlich noch Teil der deutschen Bundesregierung? Nehmen Sie Ihre Bundesverantwortung noch wahr?

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Es drängt sich mit Wucht der Eindruck auf, es gehe dem bayerischen Ministerpräsidenten um öffentlichen Alarmismus, um Stimmungsmache gegen die Bundeskanzlerin, um parteipolitische Polemik und um Kraftmeierei. Ich finde, es darf in diesen Zeiten für die Parteien nicht um billige Geländegewinne in der Tagespolitik gehen, selbst dann nicht, wenn einem die AfD im Nacken sitzt.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen vor grundlegenden Fragestellungen: Werden wir die globale Flüchtlingsbewegung des 21. Jahrhunderts mit dem Nationalstaatsmodell des 20. Jahrhunderts oder der Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts in Europa bewältigen können? Kehren wir 25 Jahre nach der deutschen Einheit und der überwunden geglaubten Teilung Europas in das Zeitalter des Schlagbaums – mit neuen Mauern, neuen Zäunen, neuem Stacheldraht – zurück? Der CSU-Generalsekretär sprach von einer "neuzeitlichen Völkerwanderung". Wird unsere Antwort darauf tatsächlich ein neuer Limes sein, von dem wir glaubten, er gehöre in das Geschichtsbuch oder in das Museum?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir denn nicht in unserer eigenen bayerischen Geschichte schmerzlich erfahren müssen, dass Grenzen immer auch mit Leid, mit der Einschränkung von Perspektiven auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem, kulturellem und demokratischem Gebiet, mit der Einschränkung des Geistes und, im schlimmsten Fall, von Menschenrechten verbunden sind? Haben wir nicht zur Kenntnis genommen, dass die Grenzöffnungen 1989 und 1990 mit einem demokratischen Zugewinn für Bayern und einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Freistaat verbunden waren? Niemals zuvor in der Geschichte des Freistaates Bayern – ich betone: ausgelöst durch die offenen Grenzen – waren der Volkswohlstand in unserem Land so schnell angestiegen und das Bruttoinlandsprodukt geradezu explodiert.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer – wie Herr Söder – Zäune um Bayern ins Gespräch bringt, wer – wie Herr Seehofer – das Hohelied auf den Nationalstaat preußischer Provenienz singt und wer – wie die CSU-Fraktion – einer Orbanisierung Bayerns und Europas das Wort redet, hat aus unserer Geschichte nichts, wirklich gar nichts gelernt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Parlament und die bayerische Öffentlichkeit hatten erwartet, heute von Ihnen, Herr Seehofer, Aufklärung zu erfahren, welches Konzept Ihrem Vorschlag, "Transitzonen" an den bayerischen Außengrenzen einzurichten, zugrunde liegt.

Vorweg: Es war richtig, dass die Bundesregierung mobile Grenzkontrollen eingeführt bzw. wieder eingeführt hat, um mehr Ordnung herzustellen. Viele Flüchtlinge kamen ohne Registrierung ins Land. Deshalb haben Bund und Länder am 24. September 2015 gemeinsam beschlossen, Warte- und Verteilzentren einzurichten, in denen die erste Aufnahme und Registrierung erfolgt. Das finden wir richtig.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zuletzt öffentlich den Eindruck erweckt, Transitzonen in Freilassing oder in Passau könnten den Flüchtlingsdruck auf Bayern lindern und die Situation in den Grenzregionen entspannen. Das Gegenteil steht zu befürchten. Transitzonen werden an den Grenzen zusätzliche Belastungen herbeiführen. Bei derzeit 4.000 bis 5.000 neu einreisenden Flüchtlingen pro Tag müssten riesige Lager entstehen. Nach zehn Tagen würden sie sich auf 40.000 bis 50.000 Insassen anfüllen. Dies würde zu mehr Chaos führen statt zu mehr Ordnung, zu mehr Unsicherheit statt zu mehr Sicherheit. Herr Seehofer, würden Ihre Vorschläge, wie sie momentan auf dem Tisch liegen, umgesetzt, dann müssten unsere bayerischen Polizisten, die Helferinnen und Helfer und die Flüchtlinge selbst die Folgen ausbaden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass die Flüchtlinge es eher mit dem deutschen Lyriker Novalis halten werden: "Alle Schranken sind bloß des Übersteigens wegen da."

Die Flüchtlinge werden nach langer Anreise nicht anklopfen und sagen: Guten Tag, Herr Seehofer! Ich möchte mich in Ihrer Behörde melden. Sie werden die Transitzonen über die Wiesen und Wälder, Berge und Täler umgehen.

(Jürgen W. Heike (CSU): So ein Unsinn!)

Deshalb sagen wir, die SPD, klipp und klar: Warte- und Registrierungszentren – bitte, ja. So haben wir es am 24. September gemeinsam vereinbart. Masseninternierungslager unter Aushöhlung des Individualrechts auf Asyl kann und wird es mit der Sozialdemokratie jedoch nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede mehrfach das Dublin-III-System angesprochen, das auf europäischer Ebene Asylfragen regelt. Demnach muss ein Flüchtling in dem Staat um Asyl bitten, in dem er den EU-Raum erstmals betreten hat. Das sind insbesondere Italien, Griechenland und Ungarn.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Dublin III ist gescheitert. Ausgangspunkt und mitursächlich für die derzeitige ungeklärte Situation in Europa war im Übrigen ein Fehler der schwarz-gelben Bundesregierung. Diese hatte nämlich im Rahmen der Verhandlungen ein Aufnahmesystem für ganz Europa verhindert, da Deutschland damals unter den aufnehmenden Ländern nur auf Platz 14 lag. Vergangenheit!

Jetzt braucht es statt politischer Alleingänge eine europäische Lösung. Die Bundeskanzlerin – insoweit bin ich voll bei Ihnen – steht in einer besonderen Verantwortung, im guten Einvernehmen mit unseren Partnern eine Quotenlösung für Europa auszuhandeln, fair und nachvollziehbar. Verteilen wir die Flüchtlinge auf die 28 Mitgliedstaaten, werden Deutschland insgesamt und insbesondere Bayern entlastet. Die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland wird zurückgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen uns nichts vor: Die Länder, die Kommunen und die freiwilligen Helfer sind an ihren Belastungsgrenzen angekommen. Viele Bürgerinnen und Bürger, gerade diejenigen aus den Helferkreisen, fragen sich, ob das hohe Tempo, mit dem neue Flüchtlinge ankommen, auf Dauer verkraftbar ist und ob wir in der Lage bleiben, sie menschenwürdig unterzubringen und zu integrieren. Diese Sorgen dürfen wir weder ignorieren noch durch hilflose Parolen verstärken.

Deshalb sage ich: Wir müssen zusammenarbeiten, um die Flüchtlingsbewegung nach Bayern und nach ganz Deutschland in geordnete Bahnen zu lenken, zu verlangsamen und perspektivisch zu verringern. Dafür müssen wir die europäischen Horizonte erweitern und nicht einengen, die Zusammenarbeit verstärken und nicht aufkündigen. Herr Ministerpräsident, torpedieren Sie nicht weiter die Bemühungen der Bundesregierung und speziell der Bundeskanzlerin, eine europäische Lösung zu finden!

(Beifall bei der SPD)

Unsere humanitäre Verantwortung beginnt aber nicht erst auf bayerischem oder europäischem Boden. Deshalb hat die Bundesregierung beschlossen, Jordanien, den Libanon und die Türkei stärker zu unterstützen, um auch dort die Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu verbessern. Frank-Walter Steinmeier ist es beim G-7-Außenministertreffen in New York gelungen, eine weitere Aufstockung der internationalen Flüchtlingshilfe um insgesamt 1,8 Milliarden Dollar zu erreichen. Deutschland wird sich an dieser internationalen Initiative mit 100 Millionen Euro beteiligen. Wir haben unsere humanitäre Hilfe bereits um 400 Millionen Euro erhöht.

Wir wissen aber auch, dass der Kampf gegen die Fluchtursachen in den Heimatländern einen langen Atem erfordert. Dies gilt insbesondere für den blutigen Bürgerkrieg in Syrien. Dort muss das Töten nach fünf Jahren und 12 Millionen Flüchtlingen endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir begrüßen es, dass die Bayerische Staatsregierung heute ein Integrationspaket vorgestellt hat und damit die konkreten Vorschläge der Opposition aus der Vergangenheit – wenn auch mit deutlicher Verspätung – aufgreift. Wir werden genau überprüfen, ob Ihre Ankündigungen heute auch mit dem notwendigen Tempo umgesetzt werden. Dies war in der Vergangenheit nicht immer der Fall, nicht bei der Schaffung von neuen Erstaufnahmekapazitäten, nicht bei der Frage nach mehr Asylsozialberatung oder Dolmetschern und vielen anderen Fragen mehr. Auch deshalb hatten Sie, Herr Ministerpräsident, im Herbst 2014, reagiert und Ihre oberste Flüchtlingsmanagerin, Frau Sozialministerin Müller, entmachtet, weil sie offensichtlich damals mit den Organisationsfragen in der Flüchtlingspolitik in Bayern überfordert war.

(Widerspruch bei der CSU)

Bis zum heutigen Tag ist wertvolle Zeit verstrichen. Die Opposition hatte bereits bei den regulären Haushaltsverhandlungen Sofortmaßnahmen beantragt und auch einen Nachtragshaushalt für 2015 gefordert. All das haben Sie vor einem Jahr noch abge-

lehnt mit der Folge, dass das Integrationspaket erst jetzt, ein Jahr zu spät, greift. Schade um die zwölf Monate, die hierbei verschenkt wurden. Sie hätten besser früher auf die Opposition gehört.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in der anschließenden Haushaltsdebatte die Gelegenheit haben, Ihre Ankündigungen nochmals Punkt für Punkt zu debattieren. In der Generalaussprache ist nicht der Platz für haushalterische Zahlenspiele. Deshalb von meiner Seite ein paar ganz konkrete Punkte, die wir in Bayern jetzt auf den Weg bringen können und sollten. Auch die Bevölkerung an den Bildschirmen soll nach der Rede des Ministerpräsidenten nicht den Eindruck gewinnen, wir seien hilf- und machtlos.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das hat sie nach Ihrer Rede, aber nicht nach der des Ministerpräsidenten! – Inge Aures (SPD): Unverschämtheit!)

Nein, es gibt etwas, was wir in Bayern tun können und tun sollen.

Punkt eins. Bayern muss jetzt erstens alles daransetzen, eine Massenobdachlosigkeit von Flüchtlingen im Winter zu verhindern. Die kalten Monate stehen vor der Tür. Wir müssen in einem gemeinsamen Kraftakt, partei- und funktionsübergreifend, alle Hierarchien der politischen Ebenen außer Acht lassend, dafür Sorge tragen, dass sich der Herbst 2014 nicht wiederholt. Vor zwölf Monaten mussten Flüchtlinge in der Bayernkaserne des nächtens bei einstelligen Temperaturen auf Isomatten unter freiem Himmel schlafen. Das darf 2015 nicht mehr passieren. Wir bedanken uns bei den bayerischen Kommunen, bei den Beamten, bei den Ausländerbehörden, beim Lenkungsreis des Freistaats, Herr Huber, für die große Kraftanstrengung, die damit verbunden ist.

Nicht nur in Europa und im Vergleich der Bundesländer geht es um eine gerechte Verteilung der Lasten. Wir stellen fest: In Bayern hat bis heute über ein Drittel der Gemeinden noch nicht einen einzigen Flüchtling aufgenommen. Während Freilassing,

Passau, München und andere weit über ihrer Belastungsgrenze sind, verharren andere Kommunen in der Komfortzone.

In einem bemerkenswerten Brandbrief an die Landtags-SPD formuliert der CSU-Landrat und Sprecher der schwäbischen Landkreise nach einer übergreifenden Sondersitzung mit den Oberbürgermeistern und dem Regierungspräsidenten seinen Unmut, die Flüchtlingsverteilung in Bayern sei ungerecht und mit vielen Fragezeichen verbunden. Ich zitiere aus dem Brief Ihres CSU-Kollegen: Freiwillige Angebote zur Unterbringung würden selten gemacht; viele Gemeinden verhielten sich abwartend, und bei den Zuweisungen würden vielleicht dann doch viele übersehen; einige wehrten sich auch aktiv gegen eine Unterbringung in ihren Orten; das habe zur Folge, dass die anderen Gemeinden in Bayern verhältnismäßig viele Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen müssten; das könne nicht länger hingenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, es reicht nicht aus, hier davon zu sprechen, Sie sähen von einer Beschlagnahmung von Wohneigentum ab oder man müsse jetzt den Bund in die Pflicht nehmen. Es ist Ihre unmittelbare Führungsaufgabe, als bayerisches Kabinett für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge im Freistaat Bayern zu sorgen und damit auch jene Kommunen zu entlasten, die bereits vollkommen überfordert sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Punkt zwei. Bayern muss alles tun, um einen eigenen Beitrag dazu zu leisten, die Asylverfahren zu beschleunigen. Die Flüchtlinge haben ein Anrecht, möglichst schnell zu erfahren, wie es mit ihnen weitergeht.

Im Moment besteht ein Antragsstau von knapp 300.000 unbearbeiteten Asylanträgen im BAMF in Nürnberg. Die Bundesregierung hat beschlossen, mehrere Tausend neue Personalstellen zu schaffen, um damit die Defizite der Amtszeiten der Innenminister

Hans-Peter Friedrich, CSU, und Thomas de Maizière zu beheben. Ich denke, wir müssen dies um drei Maßnahmen erweitern.

Erstens müssen wir Landesbeamte auch aus Bayern in weit höherem Maße, als das bislang geschieht, für eine Übergangszeit an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abordnen. Dabei kann es nicht nur um pensionierte Beamte gehen. Herr Innenminister, bitte schnüren Sie ein kompaktes Halbjahrespaket auf unbürokratischem Weg und loben Sie entsprechende Prämien aus.

Zweitens. Vergleichbare Abordnungen muss es auch schnell aus der Bundesarbeitsagentur geben. Herr Weise kennt die freien Kapazitäten in seiner Behörde sehr genau. Hier kann für eine Übergangszeit Unterstützung von einer Bundesbehörde für die nächste Bundesbehörde geleistet werden.

Beschleunigen wir drittens die Verfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei den Syrern mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit, indem wir Fälle, die sich schon länger als ein Jahr auf den Schreibtischen türmen, als Altfälle deklarieren, geben wir ihnen einen Aufenthaltsstatus, der zwei Jahre später überprüft wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Punkt drei. Bayern muss alles tun, um die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer besser zu unterstützen. Sie sind ein maßgeblicher Pfeiler zur Bewältigung der Flüchtlingssituation. Doch wir erhalten bei den vielen Flüchtlingshelfergesprächen unserer Fraktion in den Regionen immer wieder die Rückmeldung, dass sich die Ehrenamtlichen alleingelassen fühlen. Zur Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit müssen deshalb hauptamtliche Stellen geschaffen werden, damit ein Kollaps vermieden wird.

Im Übrigen wollen wir das Ehrenamt im Gesamten aufwerten. Es geht uns nicht nur um die Flüchtlingshelfer, sondern um die 3,8 Millionen Ehrenamtlichen im Freistaat Bayern, die jedes Jahr 710 Millionen unbezahlte Arbeitsstunden leisten. Ich verweise auf das Ehrenamtsgesetz meiner Fraktion unter der Federführung meiner Kollegin

Ruth Waldmann, das wir vor wenigen Wochen in den Landtag eingebracht haben. Es geht darum, das Ehrenamt im Gesamten aufzuwerten und bürgerschaftliches Engagement auf eine rechtlich und finanziell sichere Basis zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Punkt vier. Bayern muss alles tun, um die Integration an den Schulen voranzutreiben. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Parlament heute neue Lehrerstellen beschließt, es war jedoch kein Akt der Weitsicht, dass der Kultusminister noch im Jahr 2014 – das liegt erst ein Jahr zurück – 800 Lehrerstellen in Bayern streichen wollte. Nur in einem gemeinsamen Kraftakt war es der Opposition, Lehrer- und Elternverbänden gelungen, diesen bildungspolitischen Kahlschlag zu verhindern. Heute haben wir die Sorge, dass die Stellen nicht sofort besetzt werden können. Es rächt sich jetzt, dass Bayern in den letzten Jahren viel zu wenigen jungen Lehrkräften zu einer Anstellung verholfen hat. Sie haben sich mittlerweile alle einen anderen Job gesucht. Das Signal muss jetzt sein: Wir brauchen alle Lehrkräfte, ob nun in den Grundschulen, in den Volkshochschulen oder in den beruflichen Schulen.

Es rächt sich auch, dass wir die Ausbildung auf starre Lehrämter hin ausrichten. Das führt jetzt zu einem Problem. Über 2.000 Realschullehrkräfte aus dem laufenden Prüfungsjahrgang sind auf Wartelisten, aber die Flüchtlingsbeschulung findet an den Grund- und Mittelschulen und an den beruflichen Schulen statt, nicht an den Realschulen. Es gibt jetzt noch ein völlig falsches Signal zur Unzeit, wenn der Kultusminister eine Wartezeit zwischen Studienabschluss und Referendariat ankündigt. Wir brauchen auf absehbare Zeit jede junge Lehrkraft, und der Kultusminister beschließt Zugangsbeschränkungen! Das ist der falsche Weg. Nötig ist vielmehr eine flexiblere Ausbildung, die einen bedarfsgerechten Wechsel zwischen Fächern und Schultypen möglich macht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Punkt fünf - Integration von Anfang an. Fangen wir bei den Kleinsten an. Jeder vierte Flüchtling - auch in Bayern - ist im Kindesalter. Deshalb, aber auch, weil wir heute schon zu wenige Kinderbetreuungsplätze in Bayern haben, benötigen wir Investitionen in eine verbesserte frühkindliche Bildung. Noch immer hat der Freistaat Bayern einen deutlichen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Im Vergleich der Bundesländer belegt Bayern, gleichauf mit dem Saarland, die letzte Position. In keinem anderen Bundesland ist die Kinderbetreuungsquote im Jahr 2014 so gering angestiegen wie bei uns im Freistaat Bayern. Es fehlen fast 20.000 Krippenplätze.

Deshalb heißt es jetzt: Ja zum Krippenausbau, ja zu mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung und nein zur Prämie für eine Nichtinanspruchnahme der öffentlichen Kinderbetreuung. Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Deshalb werden wir das geplante CSU-Betreuungsgeld kippen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Punkt sechs. Wir sind uns einig, dass wir zusätzliche Anstrengungen beim Wohnungsbau in Bayern unternehmen müssen, um soziale Verteilungskonflikte auf dem Wohnungsmarkt zu vermeiden. Nach unseren Berechnungen brauchen wir bis 2020 rund 100.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen im Freistaat. Wir sind enttäuscht, dass außer den Bundesmitteln wirklich nur ein ganz geringer Teil an Landesmitteln für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt wird. Die Gesamtsumme der bayerischen Landesmittel für Wohnraumförderung sank seit 1993 von knapp 350 Millionen Euro auf aktuell 160 Millionen Euro. Dieser Landesanteil ist zu gering; das darf so nicht bleiben. Da müssen wir noch mal ran.

Punkt sieben. Am Mindestlohn wollen wir nicht rütteln.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: Die immer wieder geforderte Senkung des Mindestlohns für Flüchtlinge wird es mit der SPD nicht geben. Den Mindestlohn für die Schwächsten der Schwa-

chen – für die Flüchtlinge – abzusenken, bedeutet auch, das Lohnniveau anderer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu attackieren. Zugleich bedeutet es, ein Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft zu missachten, nämlich dass Arbeit auch Ausdruck menschlicher Würde ist.

(Beifall bei der SPD)

Punkt acht. Wir müssen in Bayern alles tun, den wieder aufkeimenden Rechtsextremismus – kein Wort haben Sie darüber verloren, Herr Ministerpräsident! – zu bekämpfen, statt ihn mit ausländerfeindlichen Ressentiments anzufeuern und das gesellschaftliche Klima zu vergiften.

Im ersten Halbjahr 2015 hat die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Bayern dramatisch zugenommen. Wir beobachten hier einen ganz besorgniserregenden Trend. Die Zahl der Taten mit rechtsextremistischem Hintergrund nimmt ständig zu. Das sind keine Kavaliersdelikte; die Palette reicht von der Sachbeschädigung bis hin zur Brandstiftung. Diese Straftaten müssen mit Nachdruck verfolgt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Verbotsverfahren auch von Parteien wie Der III. Weg oder DIE RECHTE und einzelner Kameradschaften prüfen. Wir müssen das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts stärken. Wir müssen die Prävention gegen Rechtsextremismus ausbauen und den Neonazis in unserem Lande die Stirn bieten. Keine Toleranz für Fremdenfeinde, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt im Maßnahmenkatalog: Mit Interesse nehmen wir als Landtags-SPD zur Kenntnis, dass Sie jetzt plötzlich doch ein Integrationsgesetz für nötig und für sinnvoll erachten. Die SPD-Fraktion hatte bereits 2011 und dann noch vor wenigen Monaten,

zu Beginn dieses Jahres, zwei Anläufe für ein bayerisches Integrationsgesetz gestartet. Das zweite Mal liegt erst wenige Monate zurück.

Sie hatten das Ganze barsch zurückgewiesen und gemeint, Integration brauche kein Gesetz. Wir bleiben dabei: Sprachkenntnisse, Deutschkurse, Integrationsseminare, Demokratieschulung, Wertevermittlung bis hin zu Fragen der Chancengerechtigkeit und der konkreten Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen gehören gesetzgeberisch gebündelt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit beweist. Wir werden in dieser Woche auch im Deutschen Bundestag ein ganzes Paket von Gesetzen beschließen, mit denen wir einen gewaltigen Schritt nach vorne machen. Mit der monatlichen Pauschale des Bundes für die Länder in Höhe von 670 Euro pro Flüchtling für die Dauer des Asylaufenthalts ab 2016 sorgen wir dafür, dass die Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen etwas fairer verteilt werden.

Unser Land darf sich nicht in zwei Lager spalten, die einander sprach- und verständnislos gegenüberstehen. Das gilt im Übrigen auch für das Hohe Haus. Die Landtags-SPD versteht es deshalb als ihre vornehme Aufgabe, ihren Beitrag dazu zu leisten, unsere Gesellschaft in dieser schwierigen Situation zusammenzuhalten und auch hier im Hohen Hause die Dialogfähigkeit über Fraktionsgrenzen hinweg zu pflegen und zu bewahren. Platter Stimmungsmache setzen wir eine ehrliche Debatte entgegen – eine Debatte, die ohne Illusionen die gewaltigen Aufgaben beschreibt, die vor uns liegen.

Bundespräsident Johannes Rau mahnte bereits vor 15 Jahren in einer überaus bemerkenswerten Rede vor falschen Ängsten, aber auch vor Illusionen in der Integrationspolitik. Er sagte:

Erfolgreich können wir dann handeln, wenn wir zwei Haltungen überwinden, die zu weit verbreitet sind

– und das gilt leider auch heute noch –;

wir müssen Unsicherheit und Angst überwinden, die manchmal zu Fremdenfeindschaft, zu Hass und Gewalt führen.

Und er fügte hinzu:

Wir müssen eine falsch verstandene Ausländerfreundlichkeit überwinden, die so tut, als gebe es überhaupt keine Probleme und Konflikte, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben.

So warb Johannes Rau für eine Politik ohne Ängste und ohne Illusionen. Lassen Sie uns eine solche Flüchtlings- und Integrationspolitik gemeinsam und parteiübergreifend gestalten – ohne Ängste und ohne Illusionen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Darf ich Sie bitten, Herr Kollege Rinderspacher, für eine Zwischenintervention noch einmal ans Rednerpult zu kommen? – Herr Kollege Vogel, bitte.

**Steffen Vogel (CSU):** Sehr geehrter Kollege Rinderspacher, Sie haben der CSU Kulturpessimismus, Kleingeistigkeit, gegenseitiges Ausspielen von Schwachen,

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Bravo!)

unsolidarisches Verhalten vorgeworfen.

Ich darf deshalb einmal die Bundes-SPD in Form des Fraktionsvorsitzenden Oppermann in der "Welt" zitieren. Er ist offensichtlich einen wesentlichen Schritt weiter als die Bayern-SPD.

SPD: Merkel soll die drohende Überlastung endlich anerkennen.

... Sie solle anerkennen, dass Deutschlands Möglichkeiten "nahezu erschöpft" seien, verlangt Fraktionschef Oppermann. ... "Wir brauchen ... mehr Verstand bei der Zuwanderung. Dazu gehört auch, dass es Grenzen der Aufnahmekapazität gibt", sagt Oppermann. Oppermann zeigt sich offen für ... Transitzone an den Landesgrenzen.

Dann eine Frage zur Solidarität. Sie werfen der Bayerischen Staatsregierung mangelnde Solidarität mit der Bundeskanzlerin vor. Werfen Sie das denn auch Ihrem Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Oppermann vor?

Und dann noch eine Sache. Sie haben die "SZ" und die "BILD-Zeitung" zitiert, die angeblich die Staatsregierung angreift.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht angeblich, das ist nachprüfbar!)

Ich habe einmal nachgeschaut, was Ihre Facebook-Freunde über Ihre Asylpolitik schreiben: Oliver Multut: Lieber Herr Rinderspacher, es ist Zeit, dass ihr euch darüber klar werdet, wem ihr verpflichtet seid, nämlich der in Deutschland lebenden Bevölkerung,

(Zurufe von der SPD)

deren Sicherheitsinteressen euch offensichtlich egal sind. Unabhängig davon will die überwiegende Mehrheit diese Einwanderungspolitik nicht. Nehmt das endlich zur Kenntnis und stoppt diesen Irrsinn, bevor unser Land vor die Hunde geht!

(Zuruf: Pegida lässt grüßen! So ein Quatsch!)

Lieber Herr Rinderspacher, sollten Sie nicht endlich verstehen, dass Europa, Deutschland und Bayern nicht alle 60 Millionen Flüchtlinge aufnehmen können?

(Zurufe von der SPD)

Markus Krahl, Facebook-Seite Rinderspacher:

Schön, dass Sie im Namen der Bayern-SPD zeigen, dass ihre Partei niemals in der Lage wäre, auch nur annähernd kompetent und vernünftig zu regieren.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Der soll sich schämen, der Herr Vogel!)

Ich bin echt froh, dass die SPD in Bayern nicht regiert und davon auch weit entfernt ist.

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU)

Und jetzt zum Abschluss - -

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, die Zeit ist um!

(Unruhe)

Die Zeit ist um, Herr Kollege.

**Steffen Vogel (CSU):** Erinnern Sie sich nur an die Sozialdezernentin in München. Wachen Sie auf!

(Unruhe)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich bitte darum, auf die Uhrzeit zu achten; das sind bei Zwischeninterventionen zwei Minuten. Ich bitte um Ruhe. – Bitte schön, Herr Kollege Rinderspacher.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Kollege Vogel, ich weiß nicht, ob Sie mit dieser Zwischenintervention Ihrer CSU-Fraktion einen großen Gefallen getan haben. Sie hatten die Gelegenheit, mir 33 Minuten zuzuhören, und Sie wissen ganz genau, dass das, was Herr Oppermann formuliert hat – nämlich dass wir an den Grenzen der Belastbarkeit angekommen sind – dem entspricht, was ich hier nahezu wortgleich formuliert habe.

(Beifall bei der SPD – Zurufe: Genau! Die hören doch nicht zu!)

Genau deshalb, Herr Kollege Vogel, geht es nicht, die Solidarität innerhalb der Bundesregierung aufzukündigen. Genau deshalb geht es nicht, Lösungen auf europäischer Ebene – und das hat ja sogar der Ministerpräsident mittlerweile einräumen müssen, dass er das nicht im bayerischen Alleingang schafft – vonseiten der CSU zu torpedieren.

(Zuruf von der CSU: Och!)

Zu den Transitzonen hat sich die Bundes-SPD klar positioniert. Auch hier habe ich die notwendige Differenzierung vorgenommen. Das, was am 24. September zwischen Bund und Ländern beschlossen wurde, nämlich die Warte- und Registrierungszonen auch an den bayerischen Grenzen, ist wichtig und richtig und notwendig. Beim Thema Transitzonen hat Ihr Ministerpräsident heute aus guten Gründen nicht beschrieben, wo und in welcher Größe diese entstehen sollen, ob an der bayerischen Außengrenze zu Österreich über 900 Kilometer mit Zäunen garniert werden, wie viel Polizeiaufwand damit verbunden ist, wohin und in welchem Tempo zurückgeführt wird, ob dann in Österreich drei Kilometer entfernt riesige Lager mit 40.000, 50.000, 60.000 Flüchtlingen entstehen und ob die Flüchtlinge über die grüne Grenze gehen oder nicht. Dazu habe ich, wenn Sie die Rede richtig verfolgt haben, nun wirklich Stellung bezogen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese offenen Fragen mit Antworten Ihres Parteichefs heute hier tatsächlich auch beantwortet werden.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Die hat er ja gegeben!)

Darauf hat er leider verzichtet.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion das Wort erteilen. Herr Kollege Kreuzer, bitte schön.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Bayern handelt – das hat unser Ministerpräsident Horst Seehofer heute eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Ich gratuliere Horst Seehofer im Namen meiner Fraktion zu dieser Regierungserklärung. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Sie hebt sich wohltuend von den Stellungnahmen vieler anderer Politiker zur Flüchtlingsfrage ab. Horst Seehofer fabuliert nicht lange um den heißen Brei herum, was alles nicht geht.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Er zeigt auf, was geht, und das zeichnet eine kluge Regierungspolitik aus. Er sagt –, und ich sage auch –, die CSU und diese Fraktion sind zum Schrittmacher der Flüchtlingspolitik in ganz Deutschland geworden.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, du machst einen grandiosen Job in dieser Frage.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu Gabriel, Steinmeier & Co. fordert Horst Seehofer nicht nur eine Flüchtlingsbegrenzung, sondern er benennt dafür auch die richtigen Maßnahmen.

(Zuruf von der SPD: Stacheldraht!)

Herr Rinderspacher, ich habe bei Ihrer Rede genau zugehört. Es gibt Passagen, die man absolut unterschreiben kann. Wenn Sie den ehrenamtlichen und den hauptamtlichen Helfern im Land danken, ist das richtig und mehr als angemessen. Gleichwohl hilft uns das im Moment überhaupt nicht weiter, um das Problem zu lösen. Sie fordern die Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Dies ist immer schon die Linie der CSU und

der Bayerischen Staatsregierung gewesen, und wir werden das verstärkt tun; nur bei der Lösung des Hauptproblems hilft uns das überhaupt nicht weiter. Herr Rinderspacher, wenn Sie mit eritreischen Flüchtlingen auf die Wiesen gehen, um ihnen eine Freude zu bereiten, finde ich das eine gute Idee, aber es wäre noch viel glaubwürdiger gewesen, wenn Sie nicht die Medien mitgenommen und alles auf Facebook gepostet hätten. Es ist Ihnen wohl weniger um die Menschen gegangen, die Sie dorthin mitgenommen haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: So ist es! Bravo! – Markus Rinderspacher (SPD): Das ist nicht Ihr Niveau!)

Wenn Sie sagen - -

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Ich habe Ihnen auch zugehört, obwohl ich sehr viel zu sagen gehabt hätte. – Wenn Sie sagen, die Globalisierung sei die Ursache dieses Problems, dann sage ich, Sie haben von der Geschichte überhaupt keine Ahnung. Migrationsbewegungen dieses Ausmaßes hat es in der Geschichte schon immer gegeben. Manche Kulturen haben das überstanden und ausgehalten, andere sind dabei untergegangen – ganz unabhängig von der Globalisierung heute und den Transportwegen, Herr Rinderspacher –, und vor einer solchen Aufgabe stehen wir in Zukunft in diesem Land.

Sie sind noch nicht so weit wie Steinmeier und Gabriel; denn Sie sprechen nicht einmal über die Begrenzung der Flüchtlingszahlen. Ich habe von Ihnen keinen einzigen Vorschlag gehört, wie Sie diese begrenzen wollen, und Sie haben keinen gehört, weil Sie keine Vorschläge haben, Herr Rinderspacher. Sie haben keine Vorschläge!

(Beifall bei der CSU)

Sie haben es heute wieder unter Beweis gestellt: Wer sich in einer Krise auf Rot-Grün verlässt, ist verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Um es noch bildhafter auszudrücken, Herr Rinderspacher:

(Zurufe von der SPD)

Im Verhältnis zu Ihnen ist das sprichwörtliche Kaninchen

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

vor der Schlange ein wehrhaftes Tier, weil es sogar noch die Augen auf hat. Ich muss Ihnen schon sagen, ich bezweifle das bei Ihnen. Ich glaube, Sie haben die Augen nicht mehr auf, sonst müssten Sie die Situation besser kennen, die in diesem Land derzeit herrscht.

(Beifall bei der CSU)

Auch in anderen Krisenzeiten haben Politiker gehandelt und nicht nur klug dahergeredet. Wilhelm Hoegner wurde genannt. Er war es aber nicht allein – er hatte in diesem Landtag auch nie über eine längere Zeit eine vernünftige Mehrheit –, sondern es waren die damaligen Politiker. Ich will zum Beispiel auch Ernst Reuter nennen. Er hat nicht nur von könnte, sollte, würde gefaselt, sondern er hat entschlossen gehandelt in Berlin. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen und endlich Ihre Blockadehaltung aufgeben und sich unseren vernünftigen und abgewogenen Vorschlägen anschließen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Welchen? - Es kam kein einziger Vorschlag!)

Horst Seehofer weiß, dass zur Integration mehr gehört, als nur kurz am Bahnhof Hallo zu den Flüchtlingen zu sagen, wie dies Kraft, Kretschmann und Ramelow bisher getan haben. Er hat heute ein Maßnahmenpaket zur Bewältigung des Flüchtlingsansturms und zur Integration auf den Weg gebracht, das einzigartig in Deutschland ist. Es ist jetzt einzigartig in Deutschland und auch in seiner Geschichte. Allein für das Jahr 2016 sieht der Freistaat Bayern 3,25 Milliarden Euro zur Bewältigung des Flücht-

lingsstroms vor. Wir sind nicht nur das erste Land Deutschlands, das ein solches Paket auflegt, sondern es ist auch in Europa einmalig.

Meine Damen und Herren, die Menschen haben genug von klugen Sprüchen, warmen Worten und unnützen Ortsbesuchen. Sie wollen ein schlüssiges Konzept zur Bewältigung der Krise, und die Bayerische Staatsregierung legt als erste Landesregierung ein solches Konzept vor. Was sagt Rot-Grün, um diesen Flüchtlingszustrom zu bewältigen? Ihre einzige Antwort im Landtag lautet, meine Damen und Herren: Nein, nicht mit uns. - In einer solchen Situation reicht das nicht aus.

Flüchtlingszentren, die weitere Anerkennung sicherer Drittstaaten, forcierte Abschiebungen, Sach- statt Geldleistungen – das sind alles Forderungen, gegen die Sie sich vor der Sommerpause noch massiv gewehrt haben, die Sie im Bundesrat mehrmals mit Rot-Grün abgelehnt haben. Morgen werden Sie im Bundesrat zustimmen, und dies gilt auch für die GRÜNEN: Sie haben die Dinge unnötig blockiert und somit über Monate hinweg zu einer wesentlichen Verschärfung der Situation beigetragen.

(Beifall bei der CSU)

Dies hat auch dazu geführt, dass die Flüchtlingsbewegungen aus den sicheren Drittstaaten weiter angeschwollen sind. Durch Ihr Verhalten haben Sie in einem erheblichen Maß zu dieser Situation beigetragen. Sie sind mitverantwortlich für diese Situation!

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie sollten sich schämen!)

- Sie haben dadurch diesem Land massiv geschadet, Herr Pfaffmann, da wir im ersten Halbjahr immer noch 60 % der in Deutschland einreisenden Menschen ohne jede Bleibeperspektive ins Land bekommen haben, und dies ist eine maßgebliche Ursache, warum die Kommunen vor Ort in diesem Maße gefordert und teilweise überfordert sind. Herzlichen Glückwunsch dazu, die Einsicht kommt viel zu spät! Meine Damen

und Herren, allein schon, dass Sie jetzt zustimmen, zeigt, dass es falsch war, was Sie gemacht haben. Darüber brauchen wir gar nicht mehr zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind der Taktgeber in der Flüchtlingspolitik. Genauso, wie Bayern durchgesetzt hat, dass wieder Grenzkontrollen an der bayerischen Grenze eingeführt werden, werden sich die bayerischen Forderungen in Deutschland nach dem Durchsetzen von Recht und Ordnung auch in der Bundesregierung durchsetzen. Ich stimme Horst Seehofer eindeutig zu: Dublin III ist kein "Wünsch-dir-was-Paket", sondern es ist geltendes europäisches Recht, das in Europa durchgesetzt werden muss.

(Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, der Unterschied zwischen Ihnen und uns liegt nicht im Grad der Menschlichkeit, sondern er liegt im Grad der Verantwortung. Max Weber hat wohlweislich Gesinnungs- und Verantwortungsethik unterschieden. Eine kluge, verantwortungsvolle Politik richtet sich nicht allein an guten Absichten aus, sondern hat auch die Folgen im Blick. Das unterscheidet unsere Asyl- und Flüchtlingspolitik von der der Opposition. Die Menschen wissen das. In diesem Fall ist eben gut gemeint nicht gleich gut gemacht, sondern das Gegenteil ist der Fall. Integration ist nicht nur eine Frage des Wollens, sondern vor allem eine Frage des Könnens.

Sie haben heute jemanden zitiert, der gesagt hat: Schlagbäume sind dazu da, dass sie überschritten werden. - Sie haben gesagt, Dublin III sei nicht mehr in Kraft. Mit anderen Worten sagen Sie: Wir können als Staat nichts mehr gegen den Flüchtlingszustrom unternehmen. - Das ist die Quintessenz dessen, was Sie sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Die Grenzsicherung funktioniert nicht. Dublin III funktioniert ebenfalls nicht. Somit kommt jeder ins Land, der das will. Ich sage Ihnen: Das ist Aufgabe der Staatlichkeit. Das wird mit der CSU nie zu machen sein.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD):  
Wollen Sie die Grenzen wieder hochziehen?)

Der Schlüssel einer tragfähigen Integrationspolitik liegt in einer Begrenzung des Flüchtlingszustroms. - Frau Bause, heute habe ich wieder "Strom" gesagt. Das haben Sie das letzte Mal kritisiert, und das kritisieren Sie seit langer Zeit. In der deutschen Sprache "strömen" die Menschen seit Goethe und Schiller. Sie strömen ins Stadion und strömen dort wieder heraus. Sie strömen auf einen Platz und strömen von diesem wieder weg. Das ist nun einmal so, ob Ihnen das gefällt oder nicht. Jetzt kommen Sie auf den Gedanken, dass eine Verwendung des Begriffs "Strom" diskriminierend ist, wenn viele Flüchtlinge kommen. Frau Bause, ich weise dies zurück und sage Ihnen: In diesem Land gibt es keine Sprachdiktatur.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Menschen Begriffe verwenden, die seit Jahrhunderten verwendet werden, ist das ihr gutes Recht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist keine Naturkatastrophe!)

Ich kann den Menschen in diesem Lande nur sagen: Sagen Sie Ihre Meinung! Lassen Sie sich nicht einschüchtern. In diesem Staat herrscht Meinungsfreiheit. Jeder kann das sagen, was er für richtig hält, wenn er sich an Recht und Gesetz hält – so ist das.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wenn die Flüchtlingszahlen weiter so anhalten oder gar steigen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass jedes Integrationspaket in diesem Land am Ende wirkungslos verpufft. Claudia Roth hat am vergangenen Sonntag in der ARD groß verkündet, Bayern sei gar nicht an seiner Belastungsgrenze angelangt, da die Hälfte der bayerischen Gemeinden noch gar keine Flüchtlinge aufgenommen habe. Das hat sie in der Talk-Sendung mit Günther Jauch gesagt. Wer so redet, hat keine Ahnung, was in diesem Land los ist. Frau Bause, distanzieren Sie sich von Ihrer Parteifreundin. Bayern

braucht nicht mehr, sondern in Zukunft weniger Flüchtlinge, um das Problem bewältigen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Ein zusätzliches Problem besteht in der mangelnden Solidarität innerhalb Deutschlands, Herr Kollege Rinderspacher und Frau Kollegin Bause.

(Hans Herold (CSU): Gut aufpassen!)

Diejenigen, die bis vor einigen Monaten noch gesagt haben, es bestehe gar kein Problem, sind die rot-grünen Landesregierungen, die ihrer Verpflichtung nach dem Königsteiner Schlüssel nicht nachkommen und die Flüchtlinge nicht übernehmen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

An der Spitze dieser Verweigerungshaltung stehen Baden-Württemberg und Niedersachsen. Ich fordere diese Länder auf, ihr Kontingent innerhalb Deutschlands zu erfüllen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich bin der Auffassung, im Moment sollte Bayern keine Flüchtlinge mehr aufnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten keine Flüchtlinge übernehmen, bis die anderen Länder ihrer Verpflichtung nach dem Königsteiner Schlüssel nachgekommen sind. Ich habe den Eindruck, es wird immer noch dahergeredet, weil das Problem bei manchen, die ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, noch gar nicht richtig angekommen ist. Das werden wir auf Dauer nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Deutschland und Europa sind nicht in der Lage, alle Kriegsflüchtlinge dieser Welt aufzunehmen. Laut der UN sind weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Aktuell befinden sich 4 bis 6 Millionen Syrer in großen Flüchtlingslagern. Allein in Syrien gibt es 8 Millionen Binnenflüchtlinge. In Afghanistan verschlechtert sich die Situation, weil der Bürgerkrieg wieder aufflammt. Davon sind insgesamt ebenfalls Millionen Einwohner betroffen. Keiner traut doch im Ernst selbst der größten Volkswirtschaft Europas zu, allein davon auch nur einen Bruchteil aufnehmen zu können. Nach der heutigen Rechtslage müssen wir jedoch jedem Flüchtling, der dieses Land betritt, subsidiären Schutz gewähren. Meine Damen und Herren, ist das die Antwort auf die Bürgerkriege, die Menschen aus Ländern, in denen Krieg herrscht, auf andere Kontinente umzusiedeln? - Das kann doch nicht die Antwort auf dieses Problem sein. Es hat nichts mit Populismus zu tun, wenn man auf dieses Dilemma hinweist. Nach der Rechtslage haben wir eine völlig unbestimmte Anzahl an Berechtigten. Jedem ist klar, dass Europa unmöglich in der Lage ist, diese ganzen Berechtigten aufzunehmen. Deshalb brauchen wir eine Änderung der Rechtslage.

Jedes System ist per definitionem endlich. Wir stoßen an die Belastungsgrenzen. Das gilt in der Folge auch für unser Gesundheitssystem, für unser Bildungssystem und für unseren Arbeitsmarkt, wenn die Menschen in unbegrenzter Menge zu uns kommen. Wer für eine unbeschränkte Zuwanderung ist, muss der Bevölkerung sagen, wie wir unsere Sozial- und Gesundheitssysteme in Zukunft finanzieren werden und wo Leistungskürzungen für unsere Bevölkerung notwendig sind. Wir wollen dies nicht. Das haben wir vermieden. Meine Damen und Herren, deswegen treten wir für Zuwanderungsbegrenzung ein.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage klipp und klar, was notwendig ist und was nicht. Wir wollen nicht das Asylrecht nach Artikel 16a des Grundgesetzes abschaffen oder wesentlich einschränken. Dieses Grundrecht gilt nur für individuell, politisch und vergleichbar Verfolgte. Das sind 1 bis 2 % der Menschen, die in unser Land kommen. Selbst bei einer Million Men-

schen würde es nur 10.000 Menschen davon gelten. Somit haben wir überhaupt kein Problem mit Artikel 16a des Grundgesetzes.

Stattdessen haben wir mit zwei anderen Punkten Probleme. Uns überfordern die Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl haben und zum großen Teil aus sicheren Drittstaaten aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Wir nennen das Missbrauch des Asylrechts, weil sie sich auf ein Recht berufen, das sie nicht in Anspruch nehmen können. Sie kommen aus wirtschaftlichen Gründen. Wir haben ein Maßnahmenpaket im Bundestag und am Freitag im Bundesrat, das durch die rot-grüne Blockierung viel zu spät kommt. Wir hoffen, dass wir diese Angelegenheit in den Griff bekommen.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Herr Pfaffmann, lachen Sie doch nicht. Erklären Sie mir einmal, warum das, was jetzt beschlossen wird, vor drei, vor fünf und vor sechs Monaten abgelehnt worden ist! - Es ist offensichtlich, dass es falsch war.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erklären Sie mir, warum Sie in den letzten Jahren alle Anträge dazu in diesem Haus abgelehnt haben!)

Eine Umsetzung des Maßnahmenpakets ist angesichts dieser hohen Zahlen eine große Herausforderung für die Verwaltung. Mit diesem Paket werden wir dieses Problem in den Griff bekommen. Beispielsweise wird die Zuwanderung aus dem Balkan für eine kurze Zeit nach Deutschland nicht mehr interessant sein. Wer nach vier oder sechs Wochen wieder zu Hause ist, in Deutschland gut untergebracht wurde, aber nur Sachleistungen erhalten hat, wird zu Hause sagen, dass sich diese Reise nicht lohnt. Meine Damen und Herren, diese Reise darf sich auch nicht lohnen.

Das zweite große Problem, das wir haben, besteht darin, dass Menschen, die zu uns migrieren, aus Kriegs- und Bürgerkriegsländern kommen. Diese Menschen sind weder durch das Grundgesetz noch durch die Genfer Flüchtlingskonvention geschützt. Diese beiden Rechtsnormen gewähren nur Schutz vor individueller Verfolgung, jedoch nicht

für ganze Völker aus einem vom Krieg betroffenen Land. Diesen subsidiären Schutz, wie wir ihn nennen, gewährt eine EU-Richtlinie in Verbindung mit dem Asylverfahrensgesetz. Diese gilt nicht in England, Dänemark und in Irland. Diese Länder haben es von vornherein abgelehnt, jedem Kriegsflüchtling ein Bleiberecht zu gewähren. Eine solche Rechtslage gibt es nirgendwo auf der Welt – nicht in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Kanada oder Australien. Kein Staat wird am Ende die Situation begründen, dass nicht mehr die Völker Europas und die Regierungen bestimmen können, wie viele Menschen nach Europa kommen. Meine Damen und Herren, das wird allein durch die Schleuser bestimmt. Das müssen wir unbedingt verändern. Das kann so nicht bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Kontrolle über unsere Grenzen bekommen. Dies bedeutet Sicherung der Außengrenzen, der Seegrenzen und Landgrenzen, und gleichzeitig die Abschaffung des individuellen Zugangsrechts für Menschen aus Kriegsländern und eine Einführung von Kontingenten. Damit wir uns richtig verstehen: Menschen aus Kriegsgebieten muss geholfen werden. Diese müssen die Kriegszone natürlich verlassen können; aber es ist historisch seit jeher so, dass sie in den Nachbarländern Schutz und Aufnahme finden. Wir müssen uns daran natürlich finanziell und organisatorisch beteiligen. Wir dürfen die Türkei, Jordanien und den Libanon bei dieser Aufgabe nicht alleinlassen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir aber bisher!)

Wir müssen diese Beteiligung verstärken. Aber die Leute massenhaft auf andere Kontinente zu verbringen, ist keine Lösung für einen Bürgerkrieg. Meine Damen und Herren, deswegen werden wir alles tun, um die Rechtslage auf europäischer und anschließend deutscher Ebene insgesamt zu verändern.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe dem Ministerpräsidenten recht, dass wir auf allen Ebenen tätig sein müssen. Deswegen müssen wir für einen besseren Schutz unserer eigenen Grenzen sorgen. Transitzentren sind eine vom Grundgesetz gedeckte Maßnahme, wie das Bundesverfassungsgericht in Bezug auf die Transitzentren in Flughäfen entschieden hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie machen Sie das?)

Sie sind in der europäischen Richtlinie als zulässig vorgesehen. Deswegen setzen wir sie um.

(Markus Rinderspacher (SPD): Konkret: Wie soll das aussehen?)

- Herr Rinderspacher, ich sage Ihnen eines: Mit Menschen wie Ihnen, die immer nur Fragen stellen, aber nicht handeln, ist ein Volk ganz schlecht bedient.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Wie denn?)

- Das sage ich Ihnen. Es ist eigentlich dem Untergang geweiht. Wenn man so handelt wie Sie, ist man eigentlich dem Untergang geweiht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie funktioniert das? Der Ministerpräsident hat es nicht erklärt! Wie funktioniert es?)

Jetzt sage ich Ihnen eines: Wir werden diese Zentren einrichten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wo denn?)

- Herr Rinderspacher - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir wollen wissen, wie das funktioniert!)

- Sie können es sich doch sowieso nicht merken. Wieso soll ich es Ihnen dann erklären, Herr Rinderspacher?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Sie lehnen jede Maßnahme durch absurde Vergleiche insgesamt ab. Das ist Ihre Politik.

Sie stellen sich hier hin, schöpfen die volle Redezeit aus und machen keinen einzigen Vorschlag. Das ist SPD-Politik pur!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wir haben seit Monaten das gleiche Trauerspiel. Die CSU macht Vorschläge zu sicheren Drittstaaten. Diese werden über Monate abgelehnt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Machen Sie doch einen Vorschlag! Wie schaut die Transitzone aus?)

Dann stimmt man irgendwann zu und tut so, als sei es ganz selbstverständlich. So wird es auch bei den Transitzentren sein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie wird das aussehen?)

- Wir werden Leute aus sicheren Drittstaaten nicht einfach ohne Kontrollen hier einreisen lassen, sondern sie werden dort festgehalten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie denn? Wo?)

- Wenn sie keinen Zugangsanspruch haben, werden sie zurückgeschickt, Herr Rinderspacher. Das werden wir umsetzen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie viele? Wohin?)

– Sie fragen, wie viele? Auf jeden Fall mehr als bei Ihrer Politik. Da wären es nämlich null, nicht wahr? - Sie haben überhaupt kein Rezept!

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen war Ihre damalige Justizministerin Zypriens für die Transitzonen, als diese im Jahr 2005 als Möglichkeit in die EU-Richtlinie hineingeschrieben wurden.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Fragen Sie sie mal, wie sie sich das vorstellt. Sie können es sich sowieso nicht vorstellen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich frage Sie! Das ist Ihr Vorschlag! Sie müssen es uns erklären!)

- Sie werden es dann schon sehen, Herr Rinderspacher.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach ja? Blabla! Ein großes Blabla!)

- Ja, ja! Sie sind ein Blabla-Mann!

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist keine Lösung!)

- Sie sind einer der größten Blabla-Männer in ganz Bayern, Herr Rinderspacher!

(Beifall bei der CSU – Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Das ist kein Bierzelt! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Zuwanderung ist für Bayern kein unbekanntes Phänomen. Bayern ist ein weltoffenes Land. Wir werden auch diese Integrationsleistung schaffen, aber nur, wenn wir mit Vernunft und Verstand handeln. Ich stimme dem Maßnahmenpaket der Bayerischen Staatsregierung "Zusammenhalt fördern – Integration stärken" deshalb ausdrücklich zu. Der Kollege Neumeyer wird noch näher dazu Stellung nehmen, was das beinhaltet. Bayern war immer weltoffen. Aber es war für uns immer klar, dass Integration in eine klare Richtung geschehen muss. Wir wollen kein multikulturelles Bayern, sondern ein Bayern in all seiner Vielfalt, aber mit ganz klaren Werten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb bekennen wir uns zur deutschen Leitkultur. Auf deren Grundlage werden wir gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung ein Integrationsgesetz erarbeiten

und beschließen. Bayern handelt. Deshalb ist unser Land so einzigartig erfolgreich. Das haben aber auch Tausende ehrenamtliche Helfer, Verwaltungsbeamte, Rettungskräfte, Polizeibeamte und viele mehr in der Vergangenheit bewiesen. Ich sage allen Engagierten ein herzliches "Vergelt's Gott". Die Welt schaut mit Bewunderung auf Bayern. Die Menschen in Deutschland schauen mit Bewunderung und großer Hoffnung auf Bayern, auf diese Staatsregierung, auf diese CSU, meine Damen und Herren. Wir werden alles tun, um diese Hoffnungen nicht zu enttäuschen. Bayern zeigt mit dieser heutigen Regierungserklärung: Weltoffenheit, Recht, Sicherheit und Ordnung sind keine Widersprüche, sondern gehören zusammen. In diese Richtung werden wir arbeiten. Sie werden es sehen: In ein paar Monaten werden wir uns auch in diesen Punkten durchgesetzt haben, wie auch heute und morgen im Bundestag und Bundesrat.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. - Es folgt eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Pfaffmann, bitte.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Herr Kollege Kreuzer, ich war am Anfang der Debatte, bei der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, noch guter Hoffnung, dass möglicherweise dieses für dieses Land und für alle Länder so wichtige Thema mit einer gewissen Substanz

(Jürgen W. Heike (CSU): Genau!)

und einer gewissen übergreifenden Lösungskompetenz diskutiert wird.

(Zuruf von der CSU: Da redet der Richtige!)

Lieber Herr Kreuzer, Sie haben diese Debatte zu einer Schlammschlacht gemacht.

(Unruhe bei der CSU – Jürgen W. Heike (CSU): Oberlehrer! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit!)

Ich sage Ihnen: Was Sie hier teilweise abgeliefert haben, war nicht nur niveaulos, sondern auch diesem Thema überhaupt nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu meiner Frage: Wie wollen Sie, nachdem Sie nach Erklärungen gefragt haben, rechtfertigen, dass genau Ihre Fraktion in den letzten zwei Jahren alle diese Integrationsvorschläge, die jetzt hier als großartige Leistungen vorgetragen werden und die in diesem Haus bereits Bestandteil der Debatte waren, abgelehnt hat? Wie wollen Sie das erklären?

(Beifall bei der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Märchen!)

Ich nenne die Erstaufnahmeeinrichtungen: Sie haben sie abgelehnt. Sprachkursausweitung: Sie haben abgelehnt. Mehr Dolmetscherdienste: Sie haben abgelehnt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Stimmt doch überhaupt nicht! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Wenn Sie sich beruhigt haben - -

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Trotzdem falsch! – Hans Herold (CSU): Falsch bleibt falsch!)

Das Integrationsgesetz, das Sie jetzt als Ihr Kind betrachten, haben Sie hier schon abgelehnt. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das sagt der Richtige! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Da haben Sie recht!)

Ich kann Ihnen Folgendes anbieten: Wenn das Niveau Ihrer Reden wieder steigen sollte, wären wir bereit, miteinander über Lösungen zu reden.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei. Das waren zwei Minuten.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Lassen Sie mich noch einen Satz sagen, Frau Präsidentin. - Erklären Sie endlich konkret, wie die Transitzonen realisiert werden sollen!

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU – Peter Winter (CSU): Zwei Minuten!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Kreuzer, bitte.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Herr Kollege Pfaffmann, ich gebe Ihnen recht. Diese Debatte hat auf höchstem Niveau begonnen, als der Herr Ministerpräsident seine Regierungserklärung abgegeben hat. Sie ist dann allerdings bei der Rede des Kollegen Rinderspacher in Bezug auf die Lösungsansätze auf ein Niveau nahe des Nullpunkts abgesunken. Das muss ich ganz klipp und klar sagen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Hören Sie doch auf!)

Jedermann in diesem Land weiß, dass dieser Zustrom die größten Schwierigkeiten bereitet. Ihr Fraktionsvorsitzender bringt es fertig, eine halbe Stunde lang zu reden und keinen einzigen Lösungsansatz zu bringen. Dies wird Ihrer Verantwortung nicht gerecht, Herr Kollege Rinderspacher!

(Beifall bei der CSU)

Das nenne ich kein hohes Niveau. - Ich komme zu Ihrer Frage nach der Integration. Wir haben immer Integrationsmaßnahmen beschlossen. In Bayern gelingt die Integration wesentlich besser als in vielen anderen Bundesländern. Dies sehen Sie beispielsweise an den Zahlen des Arbeitsmarktzugangs für junge Menschen. Wir haben Sprachkurse beschlossen und deren Zahl immer weiter erhöht. Herr Kollege Pfaffmann, es wäre aber falsch gewesen, vor zwei oder drei Jahren dafür 1.700 Lehrer einzustellen, um einmal ein konkretes Beispiel zu nennen. Diese Leute brauchen wir jetzt, wo so viele Menschen zu uns kommen. Wir müssen den richtigen Schritt zum richtigen Zeitpunkt tun. Am allerschlechtesten ist es, wenn man den falschen Schritt zum falschen Zeitpunkt macht. Herr Kollege Pfaffmann, diesen Eindruck habe ich immer bei Ihnen. Vielen Dank für die Zwischenbemerkung.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Fraktionsvorsitzender, verbleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm möchte noch eine Zwischenbemerkung machen. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, Sie haben versucht, sich als jemanden darzustellen, der handelt. Ich fordere Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass die Asylverfahren tatsächlich schneller abgewickelt werden. Dazu ist zunächst einmal ein anderes Handeln des für diesen Bereich zuständigen Bundesinnenministers Ihrer Schwesterpartei erforderlich. Des Weiteren bedarf es hierfür einer ausreichenden Anzahl gut funktionierender Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern. Daran mangelt es.

Flüchtlinge müssen monatelang warten, bis sie ihren Asylantrag abgeben können. Deshalb kann es in Bayern keine schnellen Verfahren geben. Dafür sind Sie mitverantwortlich.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Der Königsteiner Schlüssel muss im ganzen Land angewendet werden, auch in Baden-Württemberg!)

Von diesem Zustand wollen Sie ablenken, indem Sie eine Luftwolke namens Transit-zonen in die Umgebung setzen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Eine Luftwolke! Das ist interessant!)

Sie haben das Wort "Transitzone" in die Diskussion gebracht. Ich erwarte von einer Partei, die Regierungsverantwortung wahrnehmen möchte, dass sie sagt, was sie darunter versteht. Sie wissen ganz genau, dass das Verfahren an Flughäfen an innereuropäischen Grenzen nach dem EU-Recht unzulässig ist. Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine korrekte Antwort von der Staatsregierung. Da reicht es nicht aus, das Wort "Transitzonen" zu verbreiten. Sie müssen vielmehr sagen, wo diese Zonen eingerich-

tet werden sollen, wie groß sie sein sollen usw. Das haben Sie bisher versäumt. Das ist nicht in Ordnung für eine Partei, die die Regierungsverantwortung möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Thomas Kreuzer (CSU):** Liebe Frau Kollegin Kamm, natürlich bemühen wir uns, die Asylverfahren zu beschleunigen. Wir haben zum Beispiel in Manching und Bamberg Zentren für Menschen eingerichtet, für die offensichtlich keine Bleibeperspektive besteht. Sie waren dagegen. Sie haben gesagt, alle Menschen müssten gemeinsam untergebracht werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen jetzt Transitzonen einrichten, um diese Menschen noch schneller, aber nach einem gerechten Verfahren, wieder zurückschicken zu können. Sie sind wiederum dagegen. Wir haben von Ihnen null Unterstützung. Sie waren auch dagegen, zusätzliche sichere Drittstaaten auszuweisen, damit die Verfahren schneller abgewickelt werden können. Rot-Grün hat das blockiert. Wir haben verschiedene Versuche unternommen, während Sie nur im Bremserhäuschen waren und deshalb die Situation mitzuverantworten haben. Das möchte ich hier noch einmal ganz klar sagen. Wir werden die Verfahren in Zukunft noch weiter beschleunigen und versuchen, zu noch besseren Ergebnissen zu kommen.

Frau Kollegin Kamm, ich möchte eine Bemerkung zu Ihrer Rede und zur Rede des Herrn Kollegen Rinderspacher machen: Sie sprechen nur über Maßnahmen zur Verbesserung der Verfahren und der Integration, aber nicht über eine Zugangsbegrenzung. Damit erwecken Sie den Eindruck, als wäre das Problem in unserem Land, unabhängig von den Zugangszahlen, zu bewältigen, wenn sich das Land nur genug Mühe gibt. Ich sage Ihnen: Das stimmt nicht. Wenn wir die Zugangszahlen nicht begrenzen, können wir uns noch so anstrengen; wir werden dann krachend hinsichtlich der Integration und der Verfahrensdauern scheitern. Deshalb fordere ich Sie auf: Schließen Sie sich unseren Bemühungen zur Zugangsbeschränkung an! Nur zu hel-

fen, reicht hier nicht aus. Wer dabei nicht mitmacht, hat die Situation, die dann auf uns zukommen wird, zu verantworten.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich dem Vorsitzenden der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort erteilen. Bitte, Herr Kollege Aiwanger.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen geltendes Recht und Gesetz wiederherstellen. Das ist die zentrale Botschaft, um mit diesem Problem fertig zu werden. Wir diskutieren teilweise auch heute wieder auf ideologischem Niveau. Herr Seehofer, wenn Sie einen Ehekrach haben, dann lassen Sie sich scheiden. Es ist schwer erträglich, wenn heute Rot und Schwarz ihre Berliner Koalitionsstreitigkeiten hier im Bayerischen Landtag austragen. Sie werfen sich gegenseitig Unfähigkeit vor, benennen aber nicht des Pudels Kern: Die Bundeskanzlerin weigert sich nach wie vor, klare Signale zu setzen, wohin der Zug gehen soll.

Diese Kanzlerin macht sich jetzt langsam auf, mit der Türkei und anderen Ländern ins Gespräch zu kommen. Sie sendet aber nach wie vor nicht die klare Botschaft aus, dass sie am geltenden europäischen Recht wie dem Dublin-Verfahren festhalten will, selbst wenn diese Vorgaben momentan von der Realität "überrumpelt" worden sind. Die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung lassen es zu, dass aus Salzburg Sonderzüge mit unregistrierten Flüchtlingen nach Deutschland fahren. Diese Flüchtlinge werden nicht einmal in Passau kontrolliert, sondern zu Wartebereichen weitergeschickt. Ich habe gestern mit einem Bürgermeister einer Gemeinde im Landkreis Straubing telefoniert. Er hat gesagt, dass auf dem Weg in diese Wartebereiche eine große Zahl von Menschen verschwindet, wobei niemand weiß, wer verschwunden ist und wohin. Derzeit wird geltendes Recht nicht angewendet. Deshalb wiederhole ich: Setzen Sie zunächst einmal alles in Bewegung, damit geltendes Recht wieder angewendet wird!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Andernfalls führen wir hier nur eine Diskussion auf hohem Niveau. Herr Seehofer, Sie haben noch nicht die letzte Karte gezückt. Ich appelliere an Sie, eine eindeutige rote Linie zu definieren, die lauten könnte: Bevor das erste private Gebäude in Bayern beschlagnahmt werden muss, um Flüchtlinge unterzubringen, kündigen Sie einer Frau Merkel die Koalition auf. Das wäre ein Zeichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sollte ein Bürgermeister draußen gezwungen sein, privaten Wohnraum zu beschlagnahmen, braucht er bei der nächsten Wahl nicht mehr anzutreten. Sie lassen diese Leute alleine. Bevor die Bürgermeister wegen des Versagens der Bundespolitik in letzter Konsequenz in das private Eigentum eingreifen müssen, sind Sie als Teil der Bundesregierung verantwortlich, das zu tun, was Sie tun können. Sie sollten nicht irgendwelche Selbstanzeigen androhen, sondern sagen: Frau Merkel, dann regieren Sie mit der SPD alleine weiter, Sie haben nicht mehr den Segen der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das hätten Sie im Kreuz. Wenn Sie diese Möglichkeit nicht ernsthaft in den Raum stellen, ist Ihre heutige Regierungserklärung leider wieder nur eine zahnlose Ankündigung und ein Hineinretten in die Weihnachtsferien. Wir haben die Sommerferien mit Ihren wohlfeilen Äußerungen überstanden. Damals wurden die Grenzkontrollen als Lösungsansatz angepriesen. Diese Grenzkontrollen haben nicht viel gebracht, außer dass die Schleuser die Menschen nicht mehr mit dem Lkw über die Grenze fahren, sondern dass die Menschen mit dem Sonderzug abgeholt oder jenseits der Grenze ausgesetzt werden. Wir brauchen jetzt Lösungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die FREIEN WÄHLER sind die Partei der Kommunen und der Bürger. Ich habe heute Morgen mit dem Landrat des Landkreises Landshut telefoniert. Meine Damen und

Herren, während wir hier sitzen und irgendwelche Luftschlösser bauen, bekommt dieser Landrat heute 70 Asylbewerber zugewiesen, die er in den nächsten Stunden unterbringen muss. Dieser Landrat ist jetzt draußen und versucht, diese Menschen unterzubringen. Täglich kommen zehn Personen im Landkreis Landshut an. Wöchentlich sind es 70.

Ich sage jetzt etwas, was die FREIEN WÄHLER als Partei der Bürger und der Kommunen sagen können und sagen müssen. Dieser Landrat hat mir gesagt, dass in der Gemeinde Ergolding – ich nenne diese Gemeinde – Fälle von sexuellen Übergriffen von Asylbewerbern auf Jugendliche im benachbarten Freizeitzentrum vorgekommen sind. Das steht dort mittlerweile auch in der Zeitung. Die Eltern dort haben Angst und fordern den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten oder der Polizei, weil sie ihre Kinder dort nicht mehr hingehen lassen wollen.

Der Landrat des Landkreises Landshut hat mir gesagt, dass er vor diesem Hintergrund nicht mehr gewillt ist, in den nächsten Wochen Schulturnhallen zu beschlagnahmen und Flüchtlinge zu den Kindern auf die Pausenhöfe zu lassen. Ich weiß, dass das, was ich jetzt sage, politisch unkorrekt ist. Man dürfte und sollte es nicht sagen, aber es steht mittlerweile in der Zeitung, und das sagt mir auch der Landrat. Das sind die Vorfälle, die jetzt draußen auch dem Bürger auffallen. Das ist die eine Seite. Ich will nicht nur diese Seite benennen. Ich will auch andere Beispiele nennen.

Ein Firmeninhaber sagt mir, er hätte einen syrischen Flüchtling, den er im Handwerk brauchen könnte, den er aber nicht anstellen darf, weil er die Arbeitserlaubnis noch nicht hat oder weil noch so viele Verfahrensschritte dazwischenliegen. Den darf er nicht anstellen. Damit scheitert die Integration, die in diesem einen Fall gelingen könnte, wieder an der Bürokratie. Ich weiß nicht, ob es jetzt das richtige Zeichen ist, die Dauer des Arbeitsverbots von drei auf sechs Monate zu verdoppeln. Natürlich will man verhindern, dass Leute ins Land gelockt werden. Das verstehe ich. Wenn die Wirtschaft die Leute im konkreten Fall aber brauchen kann, sind sie am Arbeitsplatz bes-

ser aufgehoben, als wenn Sie jetzt beschließen, das Arbeitsverbot wieder zu verlängern.

Gleichzeitig signalisiert die Regierung, das sind eure Lehrlinge, eure Facharbeiter von morgen, wie man bisher gesagt hat; jetzt sagt man, von übermorgen. Wann ist übermorgen? Auch das müssen wir sagen. Wir stehen dazu, die Leute mit allen Maßnahmen in den Arbeitsprozess zu integrieren, die wir auch integrieren können. Aber da stehen wir uns schon wieder selber im Weg und wollen das, was möglich ist, nicht möglich machen. Auch das ist ein falsches Zeichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch hier müssen wir den Nostalgikern entgegentreten. Vor einiger Zeit hat es geheißt: Den Mangel an Erzieherinnen lösen wir mit jungen Spanierinnen und Griechinnen, die in den Kinderbetreuungseinrichtungen arbeiten werden. Das ist grandios gescheitert. Jetzt sind es die Facharbeiter, und ich nenne wieder ein Beispiel vom heutigen Tag. Im Sommer habe ich mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband gesprochen. Die haben damals noch gesagt: Gebt uns die Flüchtlinge, gebt uns diese jungen Leute, wir bringen sie unter. Jawohl, einen gewissen Teil werden sie unterbringen, aber dabei stehen teilweise kulturelle Hürden im Wege. Ich nenne das als Beispiel, was mir heute vor zwei Stunden gesagt worden ist: Die Gastronomie hat Probleme mit muslimischen Jugendlichen, weil sie – ich nenne es beim Namen - kein Schweinefleisch anfassen dürfen. Den muslimischen Jugendlichen kann der Gastwirt im Zweifel nicht dort einsetzen, wo er ihn einsetzen will. Das alles müssen wir sagen, um das Problem differenziert zu lösen. Wir können nicht sagen: Zuwanderung ist per se gut, oder Zuwanderung ist per se schlecht. Wir müssen genau hinschauen, wir müssen jeden Einzelfall bewerten. Nur dann werden wir der Thematik gerecht. Nur im Einzelfall werden wir Lösungen finden. Pauschale Lösungen werden scheitern. Das haben uns die vergangenen Jahre gezeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei diesen Lösungen kann man durchaus sagen, dass Teilerfolge erzielt worden sind. Ich will Frau Merk durchaus loben, die am Balkan unterwegs war und gesagt hat: Bitte bleibt zu Hause, ihr habt keine Chance, bei uns Asyl zu bekommen; das macht keinen Sinn. Wenn man den letzten Statistiken glauben kann, gehen die Zahlen von dort zurück.

Jetzt müssen wir andere Ströme genau betrachten. Darunter können viele syrische Flüchtlinge sein. Bei genauem Hinsehen sind aber auch 30 % darunter, die sagen, sie seien Syrer, die aber keine Syrer sind. Auch das müssen wir sagen dürfen, um die Probleme lösen zu können. Wir dürfen nicht zu liberal sein und gar nicht hinschauen; denn auch das ist mir gesagt worden: Mittlerweile kommen über die Flüchtlingsroute auch noch Pakistaner aus Griechenland, die dort zehn Jahre lang schwarz gearbeitet haben, zu uns und sagen, sie seien Syrer, können aber kein Wort syrisch.

Deshalb ist es dringend nötig, genügend Personal zu haben, das hinsieht und die wirklich Bedürftigen von den anderen trennen kann. Wir müssen gezielte Lösungen anbieten, die das System nicht zum Kollabieren bringen, und den wirklich Bedürftigen Hilfe gewähren. Die Konsequenz heißt aber auch: Wir müssen denen, die das System ausnutzen, genauer auf die Finger sehen. Da haben Sie zu lange geschlafen.

Jetzt sage ich Ihnen Danke dafür, dass Sie unseren Forderungen nach mehr Asylrichtern endlich zugestimmt haben, nachdem wir das ein halbes Jahr lang gefordert haben. Soviel dazu, Herr Kreuzer. Nicht nur anderen haben wir es drei Monate lang sagen müssen, auch Ihnen haben wir drei Monate lang sagen müssen, dass wir die Probleme lösen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir FREIE WÄHLER betrachten wirklich die Themen im Einzelfall. Wir betrachten sie aus der Sicht der Kommunen, aus der Sicht der Bürger und aus der Sicht der Wirtschaft mit Realitätssinn. Wir sind nicht wie andere Parteien ideologisch belastet, die traditionell gesagt haben, Zuwanderung sei immer gut, oder

die, die gesagt haben, Schoten runter, und damit ist der Fall erledigt. Wir müssen passgenaue Lösungen entwickeln, und das haben Sie in der Vergangenheit nicht getan. Nach dem heute Gehörten habe ich auch keine Hoffnung, dass wir an Weihnachten aufatmen und sagen können, wir hätten die Lage im Griff. Herr Rinderspacher, Sie sagten, Herr Steinmeier sei jetzt in den Transitländern und den Nachbarländern von Syrien unterwegs, und Deutschland würde seine Leistungen um 100 Millionen aufstocken oder einige Hundert Millionen zur Verfügung stellen. So hart es klingt und so leid es uns für unsere Geldbörse tut: Man wird dort nicht mit ein paar Hundert Millionen auskommen, man wird Milliarden brauchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Markus Rinderspacher (SPD): 1,7 Milliarden zahlt die UNO!)

Sie haben es geschafft, über Nacht die Staats- und Regierungschefs der Eurozone zusammenzutrommeln, um die nächsten Milliardentranchen für Griechenland freizugeben. Auch dort hat man nicht mit Hundert Millionen jongliert, sondern da war der Koffer deutlich dicker. Da wurden zig Milliarden von heute auf morgen freigegeben. Eine noch größere Herausforderung ist die jetzige Flüchtlingssituation. Hinter ihr steht eine noch größere humanitäre Katastrophe. Ich appelliere an Sie: Wenn Sie dort international etwas retten wollen, müssen Sie Milliarden und nicht nur Millionen anfassen, so leid es uns tut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben auch mit den internationalen Hilfsorganisationen gesprochen. Ich war vorgestern bei deren Gespräch mit der Überschrift "Fluchtursachen bekämpfen". Es ist beschämend, von ihnen hören zu müssen, dass sie überhaupt kein eigenes Budget und keinen eigenen Haushalt haben, sondern dass sie Jahr für Jahr ihre Millionen neu erbetteln müssen. Sie sagen ganz klar: Hätten wir etwas mehr Geld, könnten wir innerhalb kürzester Zeit die humanitären Hilfen im Libanon, in Jordanien und in der Türkei verstärken; wir könnten von heute auf morgen mehr Lebensmittel kaufen und mehr

Perspektiven vor Ort schaffen. Wir wissen doch, dass 70 % der Syrer gar nicht aus dem Land, sondern in ihrer Heimat bleiben wollen. Deshalb ist es ein Versagen der internationalen Politik von Frau Merkel bis zu Herrn Außenminister Steinmeier, wenn wir diese Länder bis heute im Stich lassen und die Hilfsorganisationen mit Peanuts abspeisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir werden internationale Gespräche führen müssen. Wir sehen jetzt, dass wir ohne Assad wohl nicht über die Runden kommen werden. Auch mit Putin wird man darüber reden müssen, wer wo und wie eintritt. Man wird über Schutzzonen reden und sicher auch aufpassen müssen, dass wir dabei nicht zum Spielball werden, wenn die Türken die UNO-Schutzzone nur dort wollen, wo man kurdisches Gebiet zerschneiden kann, damit die Kurden kein einheitliches Siedlungsgebiet bekommen. Wir werden auch unserem Freund Amerika sagen müssen: Wer international agiert, muss die Dinge zu Ende denken. Bei einer Bilanz des Arabischen Frühlings sehen wir, dass das nicht die große Erfolgsstory war, sondern dass dadurch viele Länder destabilisiert wurden. Heute ist dort die Menschenrechtsslage katastrophaler als vor dem Eingriff, der damit begründet worden ist, die Demokratie sollte wieder hergestellt werden. Auch das müssen wir genau benennen.

Heute stellen wir fest, dass die Flüchtlingspolitik immer noch nicht von allen Entscheidungsträgern einheitlich gesehen wird. Es gibt immer noch viele, die meinen, damit sei der ganz große Reibach zu machen. Jetzt geht es auch darum, woran man verdienen kann. Wir erleben Kommunen, die sagen – und dabei mache ich mich zum Fürsprecher dieser Landkreise und ihrer Landräte -, die Jugendhilfestandards seien überzogen. Wir können nicht jedem, der behauptet, unter 18 Jahre alt zu sein, oder der es auch wirklich ist, den vollen Jugendhilfestandard gewähren und ihn mit 5.000 Euro ausstatten. Es gibt Landkreise wie Passau, die an die 2.000 unbegleitete Minderjährige haben. Meine Damen und Herren, in diesen Fällen müssen ordentliche Unterbrin-

gung und Betreuung gut genug sein, und es muss nicht 5.000 Euro im Monat kosten, meistens abgeführt an eine private Hilfsorganisation, die das nächste Heim aufmacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen mit dem knappen Geld unserer Bürger und Kommunen sorgsamer umgehen, um die Dinge ins Lot zu bringen.

Wir müssen auch pragmatisch genug sein, andere Dinge zu überdenken. Vielfach waren es Bürgermeister, die uns vor zwei Jahren zu den Essenspaketen gesagt haben: Meine zehn Asylbewerber schmeißen die Hälfte weg, weil sie das Essen nicht mögen; gebt denen Bargeld, das ist für uns praktischer, dann braucht man das Essen nicht hinzufahren. – Das mag in solchen Fällen sinnvoll sein. Heute stellen wir aber fest, dass diese Bargeldlösungen in vielen Fällen dazu führen, dass Flüchtlinge von der Tafel ihr Essen beziehen und das Geld nach Hause überweisen. Ich kann Ihnen den Bürgermeister nennen, der mir das gesagt hat. Wir müssen überlegen, ob wir an dieser Stelle mehr zum Sachleistungsprinzip übergehen, um Fehlanreize zu vermeiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist nicht Inhumanität, nicht etwas, was irgendwie nicht verfassungskonform ist. Dafür müssen wir Lösungen finden.

Meine Damen und Herren, genauso sehe ich die Residenzpflicht. In Zeiten, in den wir wenige Zehntausend Flüchtlinge pro Jahr hatten, war es vielleicht überzogen zu sagen: Der muss in seiner Kommune und in seinem Landkreis bleiben, und wenn er mal in den Nachbarlandkreis will, muss er sich eine Sondererlaubnis ausstellen lassen. – Man hat das gelockert, um die Verwaltungen zu entlasten. Heute haben wir die Situation, dass wir nicht einmal mehr wissen, in welchem Landkreis sich jemand aufhält, in welchem Bundesland, wer das überhaupt ist, ob derjenige überhaupt noch in Deutschland ist oder ob er in einem halben Jahr wiederkommt, vielleicht in Berlin auf-

schlägt und sich dort meldet. Wenn wir die Kontrolle über dieses System verloren haben, dann müssen wir über eine Reaktivierung der Residenzpflicht für gewisse Personengruppen nachdenken, um das System steuerungsfähig zu erhalten. Das heißt nicht, dass man nicht an anderer Stelle, wo es passt, die Zügel wieder locker lassen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere hier eindeutig mehr Pragmatismus und weniger Ideologie. Das ist vor allem mein Appell an die beiden großen Lager hier in diesem Landtag. Im Bundestag wird es wohl ähnlich aussehen, vielleicht noch polarisierender.

Die Bürger wollen glaubhafte Lösungen. Was in den letzten Wochen und Monaten angeboten worden ist, hat leider die Wirkung verfehlt mit Ausnahme des klaren politischen Signals in den Balkan: Leute, das hat keinen Sinn. – Von einer Bundesregierung will ich dasselbe klare politische Signal an andere Länder erwarten können, auch an Länder, die sich über die EU Hoffnungen für eine engere Zusammenarbeit machen. Auch dorthin müsste die angeblich mächtigste Frau Europas klare Signale senden können, wenn sie denn wollte.

Sie, Herr Ministerpräsident, fordere ich dazu auf, Ihre letzte Waffe zu zücken und dieser Dame noch deutlicher zu sagen, wo der Hammer hängt. Sie müssen sagen: Frau Merkel, wenn Sie hier nicht auf eine vernünftige Politik einschwenken, sondern weiterhin Facebook-Partys auf Kosten Deutschlands veranstalten wollen, dann ist das nicht mehr unser Weg, dann gehen Sie diesen Weg alleine. – Diese Konsequenz haben Sie in der Hand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen noch etwas diskutieren; das ist eine Frage der politischen Wahrnehmung und des politischen Transportierens: Auch die Medien haben eine wichtige – ich sage: eine mindestens so wichtige – Rolle wie die Politik in dieser Situation. Wir haben es

alle erlebt, als man vor einem Jahr davor gewarnt hat, dass uns die Flüchtlingszahlen über den Kopf wachsen, und man gesagt hat, wir müssen in den Herkunftsländern Lösungsansätze anbieten. Dann hat man sehr schnell Kommentare von jungen Journalisten bekommen, die es vielleicht ernst und ehrlich meinen, die einem gleich vorgeworfen haben: Wollt ihr denn in Wettbewerb mit irgendwelchen anderen dubiosen Parteien treten? Veranstaltet ihr hier einen Wettlauf? – Nein, meine Damen und Herren, wir Politiker wollen ehrlich auch einmal Lösungsansätze anbieten dürfen, ohne von den Medien ständig einen Spiegel vorgehalten zu bekommen nach dem Motto: Das ist alles nur taktisch. – Meine Damen und Herren, man muss der Politik auch zugestehen, einmal Entscheidungen im Sinne der Bürger zu treffen und Lösungsvorschläge nicht immer aus Parteitaktik zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt, wir müssen als politische Mitte handlungsfähig bleiben oder es wieder werden. Wir müssen Lösungen aufzeigen, ohne sie nur in den Raum zu stellen, um politisch fehlgeleiteten Volksverhetzern das Wasser abzugraben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir das nicht hinkriegen, dann werden sich viele Menschen draußen von der Politik verabschieden, werden in die innere Emigration gehen, gar nicht mehr zum Wählen gehen oder Denkmittelwahlen herbeisehnen. Meine Damen und Herren, die Geschichte wiederholt sich; wir hatten das in den Neunzigerjahren. Wenn wir die Kurve nicht kratzen, dann haben wir das sehr bald wieder.

Vor diesem Hintergrund appelliere ich insbesondere an Rot-Grün, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Sie haben damals einer Verschärfung des Asylrechts zugestimmt, weil auch Sie gesehen haben, dass es letztlich nicht unbedingt der politisch Radikale ist, der Denkmittel verpasst, sondern es häufig gerade Ihre Wähler sind: der Rentner, die Arbeiterschaft haben plötzlich das Kreuzchen an Stellen gemacht, wo Sie es nicht vermutet hätten.

Also auch vor diesem Hintergrund müssen wir politische Ziele anvisieren und gemeinsam anstreben. Wir brauchen die ehrliche Definition und Analyse der Situation. Das heißt nicht unbedingt: Das Boot ist voll – das ist politisch irgendwo diskreditiert –, sondern das heißt: Wir können diese Zuwanderung auf Dauer nicht mehr vernünftig steuern und bewerkstelligen; der Preis, den wir dafür bezahlen müssen, ist zu hoch.

Es ist nicht die einzige Möglichkeit, diese Leute alle nur in Deutschland unterzubringen. Alternativen in den Nachbarländern haben wir nicht ausgeschöpft. Das müssen wir gezielt ansteuern.

Ich warne auch davor, die 30 % der Kommunen an den Pranger zu stellen, die bis heute keinen Flüchtling aufgenommen haben. Meine Damen und Herren, das sind vielfach Kommunen, in denen die bisher geforderte Infrastruktur einfach nicht vorhanden ist: der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr, der Supermarkt um die Ecke, den man auch zu Fuß erreicht, die nahe Hausarztversorgung und dergleichen. Sie kennen die Debatte der letzten Monate, in der es geheißen hat: Nein, in den Bayerischen Wald wollen wir nicht, dort ist nichts los, wir wollen in die Nähe von München. – Auch das ist die Wahrheit. Ich bin kein Befürworter des Vorgehens, jene Kommunen heute an den Pranger zu stellen, die vielleicht noch für ein paar Wochen Atempause sorgen könnten. Natürlich soll sich keiner seiner Verantwortung entziehen können. Aber pauschal zu sagen, wenn noch 30 % mitmachen, dann bringen wir noch 30 % mehr unter, geht nicht. Das sind häufig sehr kleine, ländliche Kommunen, in denen die Voraussetzungen einfach nicht gegeben sind, die man für eine vernünftige Erstintegration braucht.

Wir müssen das Problem heute lösen, wenn wir noch ein bisschen Luft in der Sauerstoffflasche haben, anstatt zu sagen: Macht jetzt mal ihr 30 % noch mit, dann schauen wir weiter. – Wir brauchen heute die Lösungen. Diese liegen auf der Hand. Den Kommunen sollte alles abgenommen werden, was auf deren Schultern lastet.

Wenn Sie schon sagen, das sei Bundesaufgabe, Herr Ministerpräsident, und nicht Aufgabe des Landes, dann setze ich obendrauf: und schon gar nicht die Aufgabe der Kommunen. Die Kommunen retten Ihnen momentan den Hintern. Geben Sie denen, was sie brauchen! Das ist das Personal bei den Gemeinden, das ist das Personal bei den Sozialämtern, das ist das Personal bei den Ausländerbehörden der Landkreise; diese stellen derzeit auf eigene Rechnung Personal im Dutzend ein. Das geht auf Dauer so nicht weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Geben Sie die Milliarden, die Sie von oben kriegen, dorthin, wo die Arbeit erledigt wird!

Ein banales Beispiel sei mir zum Schluss auch noch erlaubt: Meine Damen und Herren, mich hat vorgestern ein Lehrer angesprochen; er hat gesagt: Die Stellen sind schön und gut, aber gebt uns doch ein gewisses Budget, ich suche mir dann schon die Personen vor Ort. Das kann die polnisch sprechende integrierte Person sein.

(Zurufe von der CSU: Das machen wir doch!)

– Okay. Dann setzt dort noch etwas drauf, damit die Schulen dort genügend Budget haben, um das Personal, das sie brauchen, gezielt anzustellen. Heute muss einer Person aus dem Helferkreis, die eigentlich passen würde, gesagt werden: Du kannst ehrenamtlich weitermachen, aber um dich ordentlich zu bezahlen, dafür fehlen die Mittel. Diese Aufgaben kosten richtig Geld – von der internationalen über die Landes- zur Bundesebene und zur kommunalen Ebene, meine Damen und Herren. Am Ende müssen wir da ehrlich sein und sagen, wie viel wir leisten können, wie viel wir leisten wollen, wie viel alternativlos ist und geleistet werden muss, aber auch wie viele nur auf dem Trittbrett mitfahren und sich eines Systems bedienen, das aufgrund des Versagens der Bundes- und Europapolitik jetzt offensteht.

Korrigieren Sie die Schiefelage auf europäischer Ebene und das Asylverfahrensgesetz! Kehren Sie zum Pragmatismus zurück! Seien Sie so ehrlich zu sagen: Jawohl, wir wollen den Menschen in Not helfen, aber wir können nicht alles tun; wir müssen gezielte Lösungen anbieten. - Das System hält noch einige Zeit durch, wenn Sie die Kommunen unten noch mitnehmen. Wenn Sie die Kommunen unten jetzt aber nicht mehr mitnehmen – - Wir haben dafür schon die ersten Anzeichen. Die Landkreise in der Grenzregion werden den Aufnahmestopp verkünden. Auch ein Vertreter des Landkreises Landshut, um ein Beispiel zu nennen, sagt – ich habe heute mit ihm telefoniert -, in wenigen Wochen ist sein Soll erfüllt. Dann hat er seine 1.800 Flüchtlinge. Dann schickt er alles durch und wird keine Bürgermeister mehr mit dem Thema behelligen. Dann, meine Damen und Herren, haben wir Feuer am Dach.

Löschen wir, solange es noch geht, seien wir ehrlich zu uns selbst! Ich appelliere an Rot-Grün: Befürworten Sie Lösungen, die funktionieren, damit dieses Asyl- und Flüchtlingsthema nicht uns schafft, sondern dass wir es schaffen! Die Weichenstellungen, die derzeit im Raum stehen, deuten eher darauf hin, dass das Thema uns schafft, als darauf, dass wir es schaffen. Noch einmal: Zeigen Sie Ihrer Frau Merkel, wo der Hammer hängt!

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. - Herr Kollege Taşdelen steht schon für eine Zwischenbemerkung bereit. Bitte schön, Herr Kollege.

**Arif Taşdelen (SPD):** Sehr geehrter Herr Aiwanger, ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen, dass wir sehr viel Zeit verloren haben. Herr Kreuzer hat in seiner Rede gesagt, dass der Ministerpräsident zeigt, was geht, und nicht herumeiert. Auch mein Fraktionschef Markus Rinderspacher hat schon vor Längerem ein Integrationsgesetz gefordert. Wir haben das hier in den Bayerischen Landtag eingebracht. Es wurde von Ihnen abgelehnt, weil der Herr Ministerpräsident irgendwann - in seiner ersten Regierungserklärung, glaube ich – gesagt hat, dass er keinen einzigen zusätzlichen Paragraphen in

dieser Legislaturperiode möchte. Das kann aber kein Argument sein, um etwas abzulehnen. - Jetzt auf einmal entdeckt die Regierung, dass ein Integrationsgesetz sehr förderlich für Bayern sein kann. Das ist es, und das ist auch gut so.

Sie reden davon, dass dieses Paket nicht Millionen, sondern Milliarden kostet. Da gebe ich Ihnen völlig recht. Wir müssen aber den Bürgerinnen und Bürgern ganz deutlich sagen, dass dieses Geld nicht irgendjemandem in den Rachen geschmissen, sondern in bayerische Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Verwaltungskräfte und Polizistinnen und Polizisten investiert wird. Es ist im Grunde genommen ein Konjunkturpaket, was sehr gut für Bayern ist.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Aiwanger, Sie wissen, ich schätze Sie sehr. Aber Formulierungen wie "Muslime finden in Bayern in der Gastronomie keinen Job" gehören nicht in den Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich glaube, dass Sie auch froh sind, wenn die Kellnerin oder der Kellner auf dem Weg von der Küche zu Ihnen an den Tisch Ihr Essen nicht mit bloßen Händen anfasst. Außerdem lade ich Sie gerne mal nach Nürnberg ein; wir gehen dann in ein veganes Restaurant.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum vegan? Ich habe von Schweinefleisch gesprochen!)

Sie können quasi auf meine Kosten dort essen.

(Beifall bei der SPD)

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Okay. Eine kurze Antwort darauf: Jawohl, es kostet Milliarden. Aber diese Milliarden müssen gezielt eingesetzt werden. Ich glaube, dass wir momentan viel Geld an falscher Stelle ausgeben. Ich nenne hier den Bereich

der Jugendhilfe; hier überzieht man vielleicht derzeit. Wir hoffen, dass das Geld nachher richtig eingesetzt wird und den richtigen Personenkreisen zugutekommt, nicht Leuten, die sich für Syrer ausgeben, ohne Syrer zu sein. Aber bis wir das merken, weil wir zu wenige Asylrichter usw. haben, sind Tausende aufgelaufen. Wir sollten da also hinschauen, damit das Geld der Bürger sinnvoll eingesetzt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Inge Aures (SPD): Was ist jetzt mit dem Schweinebraten?)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. - Jetzt erteile ich der Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Bause, das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Margarete Bause (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, Herr Kreuzer, Sie haben uns heute wieder einmal eine Demonstration Ihres sattem bekannten Doppelspiels geliefert. Herr Seehofer appelliert an Gemeinsamkeiten. Er zitiert den Appell der Hilfsorganisationen, die darum bitten, dass alle demokratischen Kräfte doch bei dieser großen Herausforderung zusammen anpacken und an konstruktiven Lösungen arbeiten. Und Sie, Herr Kreuzer, kommen dann hierher, geben den Demagogen, denunzieren, beleidigen.

(Zurufe von der CSU: He! Jetzt aber!)

- Natürlich! Sie denunzieren, und Sie beleidigen;

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Und was machen Sie? Sie tun doch nichts anderes!)

und dann wundern Sie sich, dass es mit der Gemeinsamkeit ein wenig schwierig ist. Ich kann Ihnen versichern: Ja, wir sind zur Kooperation bereit,

(Peter Winter (CSU): Das wollen wir im Bundesrat mal sehen!)

insbesondere was die Integration angeht. Die Vorschläge, die Sie da machen, müssen wir diskutieren; viel Richtiges ist dabei. An manchen Stellen muss man, glaube ich, noch nachjustieren. Es wird wohl auch noch mehr Geld brauchen, als Sie heute in Aussicht gestellt haben. Wir sind zur Kooperation bereit, insbesondere bei der Integration. Aber, Herr Kreuzer, Kooperation geht nur bei gegenseitigem Respekt, auch wenn andere eine andere Meinung haben als Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Peter Winter (CSU): Merken Sie sich das mal gut!)

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich nicht der Meinung, dass es falsch ist, sich vor Ort ein Bild in den Notunterkünften zu machen. Deswegen war ich letzte Woche unter anderem im mittelfränkischen Lauf. Das einzige hauptamtliche Personal in der dortigen Notunterkunft sind die vier Männer vom Sicherheitsdienst: Schwarze Uniformen, muskelbepackt, Marke Türsteher.

(Zuruf von der CSU: Keine Beleidigungen!)

- Das empfinden die nicht als Beleidigung; ich habe mit denen sehr lange geredet. Ich muss ehrlich sagen: Ich war im ersten Augenblick ein bisschen skeptisch, als ich diese martialischen Jungs da stehen sah. Im Hof hinter ihnen war eine bunte Schar von Kindern. Sie sind auf Bobbycars eine Rampe runtergebrettert – großes Hallo, großer Radau. Es war eine Freude, ihnen zuzusehen. Der Chef dieser Truppe redet mit uns und zeigt auf die Kinder und sagt: Die größte Freude ist es für ihn bei seiner Arbeit, diese Kinder zu sehen. Wenn die in der Unterkunft ankommen, sind sie völlig apathisch. Nach ein paar Tagen kommt wieder das Licht in ihre Augen. Wenn sie zwei Wochen da sind, ist in dieser Unterkunft fröhliches Kindergeschrei zu hören. – Das ist es, was ihm an seiner Arbeit Freude macht. Die anderen, die dabeigestanden sind, haben genickt. Sie haben gesagt, sie leisteten hier nicht nur Sicherheitsdienst, sondern seien Mädchen – oder Jungs – für alles: Sie überziehen die Betten frisch, sie helfen beim Catering und kümmern sich darum, dass der eine einen Zahnarzttermin und

eine Schwangere einen Termin beim Frauenarzt bekommt. Wenn sie Verständigungsprobleme haben, dann bitten sie Flüchtlinge aus der Unterkunft, die englisch sprechen, Dolmetscherdienste zu übernehmen.

Was zeigt uns das Verhalten dieser Männer? – Es zeigt, dass das Geschäftsmodell Abschreckung nicht gefragt ist. Die Stärke liegt nicht im martialischen Auftreten. Die Stärke liegt auch darin, dass man sich von Menschen, die zu uns kommen, berühren lässt und offen ist, dass man aber gleichzeitig auch anpackt, wo Not am Mann ist, dass man auch ungewohnte Aufgaben übernimmt und meistert, dass man zur Improvisation fähig ist und dass man gemeinsam menschlich und pragmatisch nach Lösungen sucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, das muss die Haltung sein, mit der wir uns der immensen Herausforderung stellen. So – menschlich und pragmatisch – müssen wir vorgehen.

Die Kanzlerin hat sich im entscheidenden Augenblick auf die Seite der Humanität gestellt und mit ihr Hunderttausend andere hauptamtliche und ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, die in einem bisher nicht da gewesenen Ausmaß Empathie zeigen und tatkräftige Hilfe leisten. Ich sage Ihnen, Humanität hat nichts mit Gefühlsduselei zu tun. Humanität ist die Grundlage des zivilisierten Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Wenn man den Begriff der Leitkultur, von dem Sie immer reden, bemühen will, sage ich Ihnen: Humanität und Nächstenliebe sind die Grundpfeiler unserer Leitkultur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Humanität und Menschenliebe sind unsere Stärke, und noch eines: Humanität und Nächstenliebe kennen keine Obergrenze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns unsere Werte wirklich wert sind, zeigt sich am klarsten in einer Krisensituation. Hier zeigt sich, wie reif eine Gesellschaft ist und welche Kraft sie hat. Die entscheidende Frage ist doch, ob wir zu unseren Grundwerten und zu unseren Grundrechten auch dann stehen, wenn davon vielfach Gebrauch gemacht wird, oder ob wir dann einknicken und sagen, der Satz, dass politische Verfolgte Asyl genießen, war nicht so gemeint. Leben wir unsere Werte auch dann, wenn es schwierig wird? Können wir unsere Offenheit und die europäische Einbettung, für die wir jahrzehntelang gearbeitet haben, auch in Zeiten großer Fluchtbewegungen bewahren?

In solchen Situationen entscheidet sich, aus welchem Holz Politikerinnen und Politiker geschnitzt sind. Ist jemand ein Staatsmann oder eine Staatsfrau, tritt jemand als Demagoge auf, oder gefällt sich jemand darin, den Trotzkopf zu geben?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Bayern ist ein starkes Land, und Deutschland ist es auch. Wir sollten diese Stärke zur Lösung der zweifellos großen Aufgabe mobilisieren. Wir sollten die konstruktiven und nicht die destruktiven Kräfte mobilisieren. Was Sie in der Regierung und Sie als CSU-Fraktion in den vergangenen Wochen demonstriert haben, ist allerdings genau das Gegenteil davon, konstruktive Kräfte zu mobilisieren. Was soll denn zum Beispiel die Panikmache, wie sie Frau Aigner betreibt, wenn sie von sieben Millionen Familiennachzülern spricht? So etwas ist nicht nur falsch, so etwas ist unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist halt einfach realistisch!)

Was helfen auch untaugliche Scheinlösungen wie die geplanten Haftanstalten, die Sie Transitzone nennen? - Herr Seehofer, Sie haben vorhin gesagt, dass wir seit Anfang September ungefähr 300.000 Flüchtlinge aufgenommen haben. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, dass nur ein Drittel von ihnen an der bayerisch-österreichischen Grenze ankommt. Wollen Sie sie dann in dieses Auffanglager stecken und versuchen, dort

menschenwürdige und rechtsstaatliche Verhältnisse zu schaffen? -Wie so etwas gehen soll, müssen Sie mir noch verraten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was sollen hysterische Drohungen mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht? - Sie klagen ja gegen sich selber. Ich möchte Sie an dieser Stelle auch daran erinnern, dass Sie in der letzten Zeit mit Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht gerade gute Erfahrungen gemacht haben. Deshalb sollten Sie sich noch einmal überlegen, ob das die beste Adresse ist, um für Ihre politischen Projekte Unterstützung zu bekommen.

Was soll auch die Rede von Notwehr? - Ich habe schon oft gesagt, glaube aber, man kann es nicht oft genug sagen: Nicht wir sind es, die sich in Not und Gefahr befinden. Die Flüchtlinge fliehen vor Not und Gefahr und suchen bei uns Schutz. Diesen Schutz müssen wir ihnen geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was sollen auch all die Drohungen gegen die eigene Kanzlerin oder auch gegen Österreich? Was soll das Geraune Ihres Justizministers, der sogar die Existenz unseres Staates in Gefahr sieht? - Aus Ihren immer abenteuerlicheren Drohgebärden spricht nur eines: pure Hilflosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was Sie im Moment lautstark betreiben, ist keine konstruktive Problemlösung; es ist destruktive Panikpolitik. Angst und Panik mobilisieren aber keine Kräfte. Sie lähmen, sie schwächen, und sie führen dazu, dass jeder nur noch seine eigene Haut retten will. Wir brauchen aber mehr Solidarität auf allen Ebenen, auf allen Ebenen der Gesellschaft, auf der kommunalen Ebene, zwischen den Bundesländern und auch auf europäischer Ebene – mehr und nicht weniger Solidarität.

Wohin führt denn Ihre Logik, Ihre Abschottung? - Sie führt zum Ersten zu immer mehr Zäunen, zu immer höheren Zäunen und zu immer mehr Stacheldraht. Sie führt zu einer Aufrüstung an unseren Grenzen, die wir zum Glück eigentlich schon überwunden hatten. Sie kostet im Übrigen auch einen Haufen Geld, Geld, das wir viel sinnvoller für ganz konkrete Hilfe, den Aufbau professioneller Betreuungsstrukturen und für die Integration einsetzen können. Ungarn zum Beispiel gibt nach Angaben von Amnesty International knapp 100 Millionen Euro für den Bau von Grenzzäunen und ganze 27 Millionen Euro für die Aufnahme von Asylsuchenden aus – ein Viertel für die Hilfe und drei Viertel für die Abschottung. Das ist aberwitzig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Für die Sicherung der Außengrenzen!)

Die Logik der Abschottung gefährdet zum Zweiten ein offenes und freies Europa. Schon bei den letzten EU-Wahlen, also schon lange vor den aktuellen Flüchtlingszahlen, sind nationalistische und populistische Parteien stärker geworden.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Weil Sie Problemlösungen verweigern!)

Mit der Griechenlandkrise wurden die antieuropäischen Töne – auch auf Ihrer Seite – noch lauter, befeuert durch bayerische Regierungsmitglieder wie Markus Söder. Wir brauchen aber jetzt und in Zukunft ein starkes und ein einiges Europa, keinen unsolidarischen Hühnerhaufen und keinen Rückfall in Nationalismus und Provinzialismus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen doch nicht die Strukturen schwächen, die wir dringend brauchen, um die Krise zu bewältigen. Aber genau das machen Sie im Moment. Europa wird die Herausforderung nur gemeinsam und im Geist der europäischen Solidarität bewältigen können. Jetzt ist es an der Zeit zu erklären, ob man sich zu einem geeinten Europa bekennt oder dagegen ist, und das haben Sie auch im Europa-Wahlkampf nicht ge-

schaft. Halbscharige Europäer brauchen wir nicht. Sie sind nur nützliche Idioten für Le Pen, Strache & Co.

Ja, wir brauchen geordnete und rechtsstaatliche Verfahren. Wir müssen erreichen, dass sich alle Länder der EU fair an der Aufnahme der Schutzsuchenden beteiligen. Auch hier führt uns Kleinstaaterei nicht weiter. Die EU und die internationale Staatengemeinschaft müssen sehr viel mehr tun, um die Anrainerstaaten und die Krisenländer zu unterstützen. Vor Kurzem hat Außenminister Steinmeier gesagt: Es ist ein Skandal, dass das UNHCR bei der Flüchtlingshilfe und das World Food Programme auf Spenden angewiesen sind und dass ihnen das Geld gerade zum Zeitpunkt einer riesigen Krise in Kriegsländern und in Krisengebieten ausgeht. Wir müssen endlich dazu kommen, dass es gerade für diese Hilfsorganisationen ein gesichertes Budget gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich finde, Sie sollten sich lieber dafür einsetzen, anstatt darauf zu hoffen, dass Putin und Erdogan für eine Lösung sorgen. Beide sind übrigens sehr weit davon entfernt, lupenreine Demokraten zu sein.

Die Abschottungspolitik, der Sie anhängen, führt zum Dritten zu einer Radikalisierung im Inneren unseres Landes. Eine Folge sind Hassparolen. Engagierte Helferinnen und Helfer sowie Kommunalpolitiker werden bedroht. Im Moment erleben wir eine dramatische Zunahme rechter Gewalt. Ihre Abschottungspolitik führt auch zu Brandanschlägen und Morddrohungen. Der Bundesinnenminister hat in den vergangenen Tagen davon gesprochen, dass im Jahr 2015 bereits mehr als 490 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte zu verzeichnen sind.

Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der CSU, Sie glauben, Sie könnten den Tiger der Fremdenfeindlichkeit reiten, indem Sie ihm noch Futter geben. Dieser Ansatz ist zum Scheitern verurteilt. Das will ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird Ihnen auch in den aktuellen Umfragen vor Augen geführt. Mit Ihrer Panikpolitik stärken Sie allenfalls Pegida, die AfD und andere rechtspopulistische oder rechts-extreme Gruppierungen. Es braucht keine Handlangerdienste für diese unappetitlichen Gruppierungen. Es braucht klare Kante gegen Rechts!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Machen wir uns nichts vor: Die Menschen, die jetzt auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung sind und zu uns kommen, werden zum Teil lange bleiben. Ihre Integration ist eine wichtige, dringend zu lösende Aufgabe. Damit muss sofort begonnen werden. Die Integration wird, zumindest am Anfang, teuer und manchmal auch mühsam sein – völlig klar. Am Ende werden jedoch wir alle davon profitieren, dass es in unserem Land mehr Wohnungen gibt, dass wir die Flüchtlinge gut ausgebildet und den Arbeitsmarkt für sie geöffnet haben.

Herr Ministerpräsident, mit vielen Punkten Ihres Integrationsprogramms sind Sie in der richtigen Richtung unterwegs, auch wenn manche angedachte Maßnahme viel zu zaghaft ausfällt; insoweit muss deutlich mehr möglich sein. Manches muss auch deutlich schneller gehen. Wenn zum Beispiel die Lehrerstellen, die Sie uns versprochen haben, erst zu Beginn des nächsten Schuljahres zur Verfügung stehen, dann ist das zu spät. Sofort brauchen wir in den Schulen die Unterstützung durch zusätzliche Lehrerstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Beginnen Sie mit Ihrer zusätzlichen Unterstützung bei den Kommunen und dem ehrenamtlichen Bereich. Dort wird die Arbeit geleistet, die im Moment dringend notwendig ist. Wir brauchen dringend mehr hauptamtliches Personal vor Ort. Im Bereich der Hilfe müssen endlich professionelle Strukturen entwickelt werden. Sie dürfen nicht länger einen Großteil auch der staatlichen Aufgaben auf die ehrenamtlich Tätigen abwälzen. Ich habe vor Kurzem gesehen, dass in manchen Unterkünften ehrenamtlich Tätige sogar die Registrierung der Flüchtlinge vornehmen. Das geht gar nicht! Die

ehrenamtliche Arbeit ist ein großer Segen für unsere Gesellschaft. Aber die Staatsregierung darf sich von ihrer Verantwortung nicht zulasten der ehrenamtlich Tätigen entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Freistaat muss in die Finanzierung der vor Ort hauptamtlich Tätigen einsteigen. Sie haben bei den Landkreisen entsprechende Hoffnungen geweckt. Deren Vertreter waren nach einem Gespräch mit dem Finanzminister aber deutlich enttäuscht. Die einigen Hundert zusätzlichen Stellen, vom Land finanziert, würden den Kommunen und den ehrenamtlich Tätigen das Leben sehr erleichtern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt in Bayern Integrationszentren. In manchen Kommunen sind entsprechende Strukturen bereits aufgebaut worden. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel gibt es seit Jahren ein Integrationsgesetz, auf dessen Grundlage in jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis kommunale Integrationszentren eingerichtet worden sind. Diese Strukturen erweisen sich jetzt als hilfreich bei der Bewältigung der Herausforderungen. Die Bayerische Staatsregierung hat, was dies angeht, jahrelang geschlafen. Hier müssen wir sofort ansetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben heute wieder den Begriff "Leitkultur" in den Raum gestellt. Da wir diese Diskussion seit Jahren führen, möchte ich Sie heute fragen, was Sie eigentlich genau unter "Leitkultur" verstehen. Ich habe den Eindruck, dass Sie diesen Begriff auch deswegen gern verwenden, weil er so schwammig, so undefiniert ist. Jeder kann darunter verstehen, was er möchte. Den selbsternannten Wächtern der "Leitkultur" geht es aber in Wirklichkeit nicht um Integration. Das wird an der Art und Weise deutlich, in der sie diesen Begriff momentan häufig verwenden. Es geht ihnen vielmehr um Unterordnung, manchmal habe ich sogar den Eindruck, um Unterwerfung der Eingewanderten.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Eine absolute Unverschämtheit! Jetzt reicht es aber!)

Wir sollten von Werten und von Grundsätzen unseres Zusammenlebens sprechen statt von einer schwammigen, undefinierten "Leitkultur".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche Werte sind für ein gelingendes Zusammenleben unverzichtbar? Diese Werte müssen wir nicht neu erfinden; sie stehen seit Jahrzehnten in unserer Verfassung. Ich nenne die Achtung vor der Würde des Einzelnen und die Gleichberechtigung. Ich finde es übrigens sehr nett, dass wir mittlerweile in einer Situation sind, in der Sie von der CSU, wenn Sie nach unseren Grundwerten gefragt werden, als Erstes auf die Gleichberechtigung kommen. Dafür habe ich 30 Jahre lang gekämpft. Hurra!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Wir brauchen keine Belehrungen von Ihnen!)

Weitere Grundwerte sind der Respekt vor anders Denkenden und anders Lebenden sowie die Religionsfreiheit. Letztere umfasst die Freiheit, sich zu einer Religion zu bekennen und diese zu leben, aber auch die Freiheit, keiner Religion anzugehören oder keine Religion zu leben.

Auch die Meinungsfreiheit ist bei uns ein hohes Gut. Herr Kreuzer hat vorhin gesagt, hier werde man doch noch sagen dürfen, was man meine. Sie können das schon sagen, müssen es aber aushalten, wenn Sie dafür kritisiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sie aber auch!)

– Um mich brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. - Ich zitiere noch einen wunderbaren Artikel unserer Verfassung:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Dass diese Grundsätze in unserer Verfassung stehen, ist das Ergebnis von vielen Kämpfen und Auseinandersetzungen, die in den vergangenen zwei Jahrhunderten geführt wurden. Nicht zuletzt aufgrund der Geltung dieser Grundsätze kommen Verfolgte zu uns. Dafür achten und schätzen sie Deutschland.

Die Werte unserer Verfassung bedeuten gleichzeitig eine Absage an Ausgrenzung und Intoleranz, an Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, an Fanatismus und Fundamentalismus.

Im Rahmen unserer Verfassung kann jeder nach seiner Fassung selig werden. Unsere Gesellschaft lässt andere anders sein. Auch das ist eine Lehre aus unserer wechselvollen Geschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die für alle verbindlichen Regeln des Zusammenlebens sind im Grundgesetz niedergeschrieben. Diese Regeln gilt es nicht nur zu respektieren, sondern auch zu leben. Das gilt für alle, die wir hier sitzen. Das gilt für die Geflüchteten. Das gilt genauso für AfD-Wähler, Pegida-Anhänger und andere Rechtspopulisten.

Kolleginnen und Kollegen, auch heute sind Flüchtlinge unterwegs, auf dem Balkan und anderswo, in Regen und in Kälte. Für sie gibt es im Moment kein Zurück; Assad und Putin sorgen dafür. Sollen diese Frauen, diese Kinder, diese Männer in einem riesigen Auffanglager an der bayerisch-österreichischen Grenze stranden, in Zelten und eilends eingerichteten Notunterkünften, die wohl nicht einmal zu heizen sein werden? - Was Sie hier propagieren, ist nicht nur illusorisch. Es ist auch Ausdruck kleinkarierten Denkens, das an die bayerischen Grenzen stößt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angesichts all Ihrer Äußerungen und Aktivitäten frage ich mich schon, warum Sie nicht längst intensiven Kontakt mit Kroatien und Österreich aufgenommen haben. Was nutzen denn Drohungen in der Öffentlichkeit? Wie wäre es denn, wenn Sie sich mit Kroatien und Österreich zusammensetzen und gemeinsam an einer Lösung, die auch im Sinne der Flüchtlinge ist, arbeiten würden?

Abschottung löst kein Problem, sondern schafft zusätzliche Probleme. Ein Rückfall in den nationalen Egoismus beschädigt die Kräfte und Strukturen, auf die wir dringend angewiesen sind, um die Krise zu überwinden und die Herausforderung zu bewältigen. Ich sage es noch einmal: Wir GRÜNEN sind bereit, an konstruktiven Lösungen mitzuarbeiten, wenn es um Hilfe geht, wenn es um Unterstützung geht, um Stärkung und Entlastung für jene, die anpacken. Hier müssen wir so schnell wie möglich die professionellen Strukturen aufbauen und stärken.

Wir sind bereit zur Kooperation bei der Integration. In den vergangenen Jahren wurden im ganzen Land, auf kommunaler Ebene schon viele gute Projekte erarbeitet, vielfach auf ehrenamtlicher Basis, vielfach auf zivilgesellschaftliche Initiativen hin. Darauf können wir aufbauen. Von ihnen können wir lernen. Dazu brauchen wir Geld, und dazu brauchen wir die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Auch brauchen wir die Einsicht, dass wir schon längst in einer Einwanderungsgesellschaft leben.

Ich sage es noch einmal: Nehmen wir gemeinsam diese Herausforderung an und gestalten wir sie gemeinsam!

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Der Kollege Hofmann steht für eine Zwischenbemerkung bereit. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Michael Hofmann (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Bause, Sie haben zur Zusammenarbeit aufgerufen. Angesichts des Vorwurfs der Unterwerfung, den ich für skandalös halte, gestaltet sich das für mich außerordentlich schwierig. Ich

finde es außerordentlich schwierig, mit jemandem zusammenzuarbeiten, der meint, dass wir versuchen, Menschen, die zu uns kommen, zu unterwerfen. Ich weise das entschieden zurück, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Es mag ja sein, dass Sie vor 30 Jahren schon für Gleichberechtigung gekämpft haben. Aber jetzt kommen Menschen in unser Land, die nicht einmal die Rechte, die wir bereits vor 30 Jahren im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung hatten, anerkennen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Woher weißt du das?)

Uns in diesem Zusammenhang Unterwerfung vorzuwerfen, ist ein Skandal.

Es ist auch ein Skandal, wie Ihre Fraktion mit solchen Dingen umgeht, indem sie im Sozialausschuss Anträge stellt, in denen sie fordert, dass alleinstehende Frauen in Unterkünften separat untergebracht werden müssten, weil sie sich in gemeinsamen Unterkünften vor Übergriffen der männlichen Asylbewerber nicht retten könnten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es ist der falsche Ansatz, den Menschen zu sagen, sie könnten separat untergebracht werden. Wir müssen denen, die für solche Übergriffe verantwortlich sind, erklären, dass so etwas in unserem Land nicht geht.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Schreien ersetzt keine Argumente.

(Beifall bei der CSU)

**Michael Hofmann (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Im Übrigen versteht draußen kein Mensch, dass wir die, die für die Übergriffe verantwortlich sind, indem wir die alleinerziehenden Frauen separat unterbringen, schützen, anstatt sie zu bestrafen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Aber, Frau Kollegin Bause, sind Sie mit mir der Meinung, dass wir die Rückführung von Personen, deren Antrag auf Asyl abgelehnt worden ist, dass wir die Abschiebung vereinfachen müssen? Sind Sie mit mir der Meinung, dass wir bestehende Fehlanreize, die zu ungerechtfertigten Asylanträgen führen, beseitigen müssen? Und sind Sie mit mir der Meinung, dass Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern bestimmt werden müssen?

(Zuruf von der SPD: Die zwei Minuten sind um! Schon lange!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Zwei Minuten sind um, Herr Kollege.

**Michael Hofmann (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Das alles werden morgen rote und grüne Landespolitiker beschließen. Sind Sie dafür oder dagegen?

**Margarete Bause (GRÜNE):** Herr Kollege Hofmann, Sie sollten einmal tief durchatmen. Das ist gut für das Gehirn und für die Durchblutung.

(Zuruf von der CSU: Danke, gleichfalls!)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas zu dem Thema Gleichberechtigung sagen. Ich glaube, insoweit müssen Sie vielleicht in Ihren eigenen Reihen auch noch ein bisschen nachjustieren und die gelebte Gleichberechtigung dann auch im Alltag realisieren. Selbstverständlich müssen sich alle, die hier leben und zu uns kommen, an unsere Gesetze und an unsere Verfassung halten. Das ist eine völlige Selbstverständlichkeit. Heute hat sie der Ministerpräsident ausgesprochen, und Sie haben eifrig applaudiert.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Aber Sie nicht! Das ist ja das Schlimme!)

Es ist ja gut, dass Sie das jetzt erkannt haben, aber es ist eine pure Selbstverständlichkeit.

Wenn es um den Schutz besonders schutzbedürftiger und verletzlicher Personen geht, müssen wir uns überlegen, wie wir ihn auch in den Unterkünften herstellen. Vielleicht sollten Sie auch einmal - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Vorbeischauen!)

– Einmal vorbeischauen, einmal mit den Helfern reden, mit den Leuten, die sich schon lange damit beschäftigen. Dann würden Sie wissen, dass es in Unterkünften Situationen gibt, in denen Frauen zum Beispiel Angst haben, nachts auf das Klo zu gehen, weil einfach eine so große Enge herrscht und sie nicht wissen, ob sie dort vor Übergriffen geschützt werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil sich Frauen und Männer eine Toilette teilen!)

– Weil sich Frauen und Männer eine Toilette teilen, weil es zum Beispiel keine abgegrenzten Toiletten gibt. Dann können wir sagen: Wir setzen noch viel mehr Überwachungspersonal hinein. Aber vielleicht könnten wir auch einen besonders geschützten Bereich für die Frauen schaffen, die das möchten.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Vielleicht sollte man keine Straftaten begehen!)

Vielleicht könnten wir das so pragmatisch lösen, ohne gleich zu sagen: Alle, die kommen, sind Gewalttäter, alle, die kommen, sind Kriminelle, alle, die kommen, sind Vergewaltiger. Auf diese Art und Weise werden wir nicht weiterkommen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das sagt auch keiner!)

Deswegen müssen wir schauen, dass wir in den Unterkünften Möglichkeiten schaffen, um besonders schutzbedürftigen Personen auch Schutz zu gewähren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Jetzt hat für die CSU-Fraktion der Kollege Neumeyer das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Martin Neumeyer (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Margarete, es ist nicht das Privileg der GRÜNEN, in Gemeinschaftsunterkünfte zu gehen. Ich bin sehr oft in Gemeinschaftsunterkünften und sehe das.

(Margarete Bause (GRÜNE): Du warst auch nicht gemeint!)

Ich habe einmal in einer Gemeinschaftsunterkunft übernachtet und wollte mir anschauen, wie das abläuft. Es läuft oftmals sehr gut ab und manchmal auch nicht so gut. Aber daran können wir ja arbeiten.

Es gebe eine objektive Integrations- und Belastungsgrenze; dass wir das bisher abstrakt ignorieren konnten, habe nur daran gelegen, dass nicht so viele Menschen gekommen sind. – Wissen Sie, wer das gesagt hat? Der Oberbürgermeister von Tübingen, ein Politiker der GRÜNEN.

Ja, aber wenn dieses Jahr wirklich zwanzigmal mehr Flüchtlinge zu uns kommen als noch 2010, sind wir gezwungen, zu unterscheiden zwischen denen, die vor Krieg fliehen und um ihr Leben fürchten, und denen, die bei uns ein besseres Leben suchen. Wir können die Aslystandards nicht halten.

Das stammt aus demselben Interview der "taz" vom 21. September mit Herrn Boris Palmer. Das war ein tolles Interview. Viele Fragen wurden gestellt, und viele Antworten, wie sie Ihr Spitzenpolitiker gegeben hat, sind vielleicht für die GRÜNEN nicht ganz schlecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Michael hat es dargestellt. Es ist eine Katastrophe, wenn man uns vorwirft, wir wollten diese Menschen unterwerfen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen explizit die Zusammenarbeit, wir wollen keine Parallelgesellschaft, wir wollen Gemeinsamkeiten sehen. Deshalb soll mit dem Programm, das der

Ministerpräsident vorgestellt hat, Zusammenhalt gefordert und gefördert und Integration gestärkt werden.

Integration verändert natürlich nicht die Welt. Das wissen wir auch alle. Aber Integration verändert die Menschen, und die Menschen können dann die Gesellschaft beeinflussen. Integration ist die Chance und der Schlüssel für eine zukünftige, offene Gesellschaft in Deutschland. Dazu zählt natürlich auch, dass man gegen Rechtsradikalismus, gegen Rechtsextremismus mit aller Härte vorgeht. Aber zeitgleich müssen wir aufpassen, wie wir miteinander reden. Da wird von Herrn Gabriel von "Pack" gesprochen, es wird von einem hellen und einem dunklen Deutschland gesprochen.

Ich war gestern in Marktoberdorf. Menschen sind zu mir gekommen und haben gesagt: Ich bin kein Rechter, ich will kein Rechter sein, aber ich traue mich nicht mehr, etwas zu sagen, weil ich dann einer von den Dunkeldeutschen bin. Ich bin nicht Dunkeldeutschland, und ich bin auch nicht Pack. – Wir müssen schon aufpassen, wie wir miteinander umgehen. Deshalb ist es notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir gemeinsam die Menschen mitnehmen. Wir brauchen übrigens alle Menschen nicht nur jetzt, bei der Flüchtlingsarbeit, sondern auch bei der Integrationsarbeit. Wir können es uns nicht erlauben, Menschen auszuschließen, weil wir so gescheit sind, weil wir so toll sind. Da spreche ich einfach mit Johannes Rau: Die Diskussion über Integration ohne Angst und ohne Illusionen - das ist genau der richtige Ansatz.

Integration, meine sehr verehrten Damen und Herren, findet vor allem dort statt, wo die Bürgerinnen und Bürger leben, sie findet weniger in der Chefetage statt. Sie findet dort statt, wo die kleinen Menschen leben. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir diesen zuhören, ihnen unser Ohr schenken, wie auch immer sie das Gesagte meinen. Ob das immer meine Meinung ist, was die Menschen in der Diskussion sagen, ist etwas ganz anderes. Wahrscheinlich teilen auch Sie nicht meine Meinung. Das ist aber die Politik. Deshalb sage ich: Wir brauchen von Anfang an die Menschen. Wir dürfen die

Integrationsrechnung nicht ohne den Wirt, nicht ohne die Bürgerinnen und Bürger machen.

(Beifall bei der CSU)

Die Integrationsarbeit hat sehr viele Facetten. Da ist zunächst die Integration durch Sport. Es ist mir ganz egal, ob Mesut Özil das Tor für Deutschland schießt oder Thomas Müller. Das ist wirklich vollkommen egal. Integration durch Sport ist eigentlich ein idealer Partner, - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Müller ist besser, weil er für Bayern spielt!)

– Weil er für Bayern spielt, gut; aber ich bin Mitglied von 1860, und ich habe da ganz andere Probleme.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir haben nicht einmal einen Ball.

Jedenfalls ist Integration durch Sport eine sehr wichtige Facette. Im Sport gibt es keine deutschen Regeln für einen Elfmeter. Es gibt keine französische Eckballregelung; es gibt auch keine syrische Torschussregelung. Alle spielen nach gemeinsamen Regeln.

Genau diesen Ansatz brauchen wir auch in Deutschland. Wenn wir in Zukunft miteinander leben wollen, brauchen wir einen gemeinsamen Weg, gemeinsame Regeln und gemeinsame Zielsetzungen. Deshalb dürfen wir keinen unserer Werte auf dem Altar der Beliebigkeit opfern. Wir haben jetzt die Chance, endlich einmal über Werte ehrlich und offen zu diskutieren. Wir haben jetzt die Chance, uns Gedanken darüber zu machen, auch über Religion.

Wir haben in Deutschland viel anzubieten. Viele Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, fragen: Wohin soll ich mich überhaupt integrieren? Wie sieht euer Angebot aus? – Das Angebot besteht in unserem Grundgesetz, in unserer Bayerischen

Verfassung und in der Freiheit. Es gibt keine gute Religionsfreiheit oder schlechte Religionsfreiheit, sondern es gibt *die* Religionsfreiheit. Ebenso gibt es auch nur *die* Pressefreiheit, und zwar vor dem Hintergrund: "Je suis Charlie". Das war ein Bekenntnis zur Pressefreiheit. Das sind unsere Angebote, und dazu zählt natürlich auch der Rechtsstaat. Wir brauchen keine Scharia, wir brauchen keine Friedensrichter, sondern wir haben den Rechtsstaat.

Wir haben außerdem die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Da kann ich Ihnen einige Beispiele nennen, die mir in Gesprächen zugetragen worden sind. Wenn man das Manifest vom Zentralrat der Muslime in Deutschland liest, dann erkennt man: Hier wird nicht von Gleichberechtigung gesprochen, sondern von Gleichwertigkeit. Das ist etwas ganz anderes. Kürzlich habe ich ein Gespräch mit jungen Muslimen geführt, und da ist die Rede von "Geschlechtergerechtigkeit". Das hat mit Gleichberechtigung nichts zu tun. Deshalb ist es so notwendig und so wichtig, dass wir diese Werte genauso setzen, wie wir sie wollen, wie es unserem Werteverständnis entspricht.

Ich nenne Ihnen ein Zitat von einem Mitarbeiter, der bei mir in der Bayerischen Staatskanzlei arbeiten darf; das ist ein syrischer Praktikant namens Jazdan Ayo. Er sieht die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Herausforderung für viele Syrer. Er sagt: Unser syrisches Gesellschaftssystem war anders; die Rollen waren klar verteilt. In Deutschland ist das ganz anders. Das wird Auswirkungen auf die syrischen Familien und den familiären Frieden haben. Einfach wird das garantiert nicht.

Das ist schon eine Riesenhürde, die wir überspringen müssen, und zwar von beiden Seiten. Da kann man nicht so locker vom Hocker reden. Wir müssen hier eine entsprechende Leitkultur anbieten. Unsere Werte haben Deutschland groß gemacht; sie haben Bayern groß gemacht. Diese Werte werden nicht geopfert, hier wird kein Jota nachgegeben! Das ist die Entscheidung für unsere Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Dazu zählt auch die Wertedebatte in den Schulen. Da hat der Kultusminister eine Riesenaufgabe zu bewältigen. Das bedeutet eine enorme Herausforderung; denn das Ganze muss richtig und vernünftig diskutiert werden.

Ganz wichtig ist es auch, Islamunterricht anzubieten, und zwar in allen Schularten. Das ist für das kommende Zusammenleben entscheidend. Über den Islamunterricht wird man sehr viele Gemeinsamkeiten finden können. Wir brauchen auch den Sprachenausbau.

Wir brauchen die Schule, die Schülerinnen und die Schüler. Wir brauchen aber auch die Eltern. Ohne Eltern haben wir keine Chance. Die Eltern haben am Schulerfolg einen Anteil von 60 % bis 70 %. Der Anteil der Schule ist weitaus geringer, und noch weniger haben die Freunde oder die Umgebung einen Anteil.

Es ist also entscheidend, wie wir mit den Eltern umgehen. Deshalb brauchen wir eine Beschulung der Eltern, bei der sie lernen, richtig Eltern zu sein. Da brauchen wir auch das niederschwellige Angebot "Aufsuchende Elternarbeit in Schule", das zeigt, wie man hier in Deutschland lebt. Für mich sind die Eltern die Hardware des Erfolgs. Wir brauchen also Elternschulungen, um die Menschen für das Leben in unserem Land zu qualifizieren.

Die Sprache ist der Schlüssel dafür. Sprache allein reicht jedoch nicht aus. Wenn Sie nach Frankreich fahren, zum Beispiel nach Paris oder Marseille, dann werden Sie dort vielen Menschen aus den Maghreb-Staaten begegnen, also aus Algerien, Marokko und Tunesien. Alle diese Menschen haben als Muttersprache Französisch, aber die Herausforderung, der Streit in diesen Ländern geht um etwas ganz anderes, nämlich um die Bildung. Dort fehlt es an der Bildung. Die Basis ist die Sprache, und der Aufbau ist die Bildung.

Hier in Deutschland gibt es die Fortbildung, die Weiterbildung, die Ausbildung – nur nicht die Einbildung, etwas Besseres zu sein aufgrund der Religion oder Nation.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern integrieren wir Menschen, aber keine Nationen oder keine Religionen. Entscheidend ist der Mensch.

Vorhin wurde schon über ein Integrationsgesetz gesprochen. Ich freue mich, ganz ehrlich. Der Vorschlag von Grün und Rot war zunächst das Berliner Modell, das seinerzeit Herr Wowereit mit der heißen Nadel kurz vor der Wahl gestrickt hatte, weil er in Kreuzberg und Neukölln punkten wollte.

Das zweite vorgelegte Gesetz ist fast identisch mit dem von NRW, nur ist in dem Gesetz von NRW bei Weitem nicht das an Geld enthalten, was wir jetzt hier für die Integration aufwenden. In NRW hat es einen Schilderwechsel gegeben, aber nicht die intensive Auseinandersetzung mit der Thematik. Deshalb ist unser Ansatz jetzt richtig, ein Integrationsgesetz zu gestalten, das zeigt, wie man das Ganze in der Zukunft aussehen lassen will.

Das ist der bayerische Plan. Ich frage Sie, ob jeder in Deutschland einen Plan hat. Haben alle in Deutschland einen Plan? Gibt es in Berlin einen Plan? Gibt es in Brandenburg einen Plan? In Bayern und in München gibt es einen Plan, das ist das Entscheidende. Der Plan wird kommen, und da kann man natürlich sagen: Das hätte man schon früher machen können.

(Zurufe von der SPD: Ja! Genau!)

– Natürlich, die Lottozahlen von gestern weiß ich auch.

(Beifall bei der CSU)

Entscheidend sind jedoch die Lottozahlen vom nächsten Mittwoch.

Wichtig ist auch die Integration durch Arbeit. Da nenne ich nur die Zahl von 60.000 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, die hier in Bayern von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Integration ist auch aus demografischen Überlegungen not-

wendig, damit wir unseren Wohlstand halten können, damit wir unseren Wirtschaftsstandort halten können, aber auch, damit wir uns die sozialen Leistungen überhaupt leisten können. Dass die Wirtschaft so gut läuft, ist ja nicht gottgegeben. So gut, wie es uns jetzt geht – das ist eine Sensation. So gut ging es uns noch nie. Das ist nicht gottgegeben, und das kann morgen auch schon wieder anders sein.

Wir reden oftmals über Luxus, im Endeffekt aber müssen wir jedoch darüber nachdenken, was am Ende dabei herauskommt. Deshalb ist wirklich die Frage entscheidend, wie viele Menschen letztlich zu uns kommen. Wir brauchen Obergrenzen, wir müssen eine Kontingentierung haben. Da besteht auch Übereinstimmung mit Herrn Palmer aus Tübingen. Wir in Bayern haben Chancen wie nur wenige in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist der bayerische Plan, den der Herr Ministerpräsident vorgestellt hat. Wir sind gut, wir sind besser. Am Schluss muss es für alle heißen: Da san mia alle dahoam.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Taşdelen das Wort für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Kollege.

**Arif Taşdelen (SPD):** Lieber Martin Neumeyer, ich freue mich auch. Ich bin noch nicht allzu lange Mitglied dieses Hohen Hauses. In der ersten Sitzung, bei der ich dich erleben durfte, hast du gesagt: Wir brauchen ein Integrationsgesetz. Bei der zweiten Sitzung hast du dann gesagt, dass man mit Gesetzen nichts regeln kann, und schon gar nicht die Integration; diese müsse man leben. Hierfür gibt es genügend Zitate.

Dass du dich jetzt hier hinstellst – und das freut mich wirklich sehr – und sagst, wir bräuchten ein Integrationsgesetz, ist sehr erfreulich. Ich mache dir und Ihnen, lieber Herr Ministerpräsident, im Namen der SPD-Fraktion noch einmal das ehrliche Angebot, das mein Fraktionschef noch einmal wiederholt hat: Lassen Sie uns gemeinsam ein Integrationsgesetz schreiben, das vielleicht für uns alle in diesem Hohen Hause

tragbar ist, weil es dabei nicht nur um irgendwelche parteipolitischen Taktiken geht, sondern um die Zukunft, um das gute Zusammenleben hier in Bayern.

Du, lieber Martin, hast die Gleichberechtigung angesprochen. Dabei muss man bedenken, dass auch auf die muslimischen Gemeinden hier in Bayern eine große Aufgabe zukommt. Ich gebe ein kleines Beispiel aus Nürnberg. In der DITIB-Moschee befinden sich an einem Freitag circa 2.000 Menschen; an einem Freitag, auf den ein Feiertag fällt, sind es sogar 7.000 Gläubige.

Diese Moschee wird gemanagt von rein Ehrenamtlichen, die nicht das Glück haben, dass ihre Arbeitszeit zwischen 08.00 Uhr und 16.00 Uhr liegt, sondern die in Schichten arbeiten müssen. Es sind gefühlte 150 Polizistinnen und Polizisten, die am Tag durch diese Moschee geführt werden, gefühlte 20 Schulklassen, die jeden Tag diese Moschee besuchen. Das machen die Mitarbeiter alles ehrenamtlich. Sie bekommen keinen Cent von der Stadt und keinen Cent vom Land.

Wir müssen bedenken, dass auch auf diese Gemeinden große Herausforderungen zukommen. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg gehen, mit diesen Gruppen einen Staatsvertrag abzuschließen, damit auch diese Institutionen eine vernünftige Förderung erhalten können.

(Beifall bei der SPD)

**Martin Neumeyer (CSU):** Gute Moscheen bieten die Riesenchance, dass sie den Wertekanon, der in Deutschland gilt, verbreiten und in ihrer Gemeinde unterbringen können. Ich halte es für wichtig, die Moscheen noch stärker einzubinden, weil wir sie brauchen. Wir brauchen zwar nicht jede Moschee, aber die vernünftigen Moscheen, und das ist ein sehr wichtiger Aspekt.

Integration – Gesetz hin, Gesetz her – muss immer gelebt werden. Das ist entscheidend. Papier ist geduldig, aber entscheidend ist, was man aus diesem Papier, aus diesem Gesetz macht, und das liegt an uns allen.

Ich denke deshalb, das ist jetzt der richtige Weg. Lassen Sie uns gemeinsam für Deutschland, für Bayern vernünftige Gespräche führen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Zellmeier das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Josef Zellmeier (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Große nationale Herausforderungen erfordern auch einen großen, nationalen, parteiübergreifenden Konsens. So war es bei der letzten Flüchtlingskrise im Jahr 1992, und damals hatten wir nur knapp die Hälfte oder vielleicht auch nur ein Drittel der Zahlen, die wir heute verzeichnen. Damals, 1992, hat die SPD als die große Oppositionspartei im Deutschen Bundestag aus ihrer Oppositionsrolle heraus Verantwortung übernommen und massive Änderungen der damaligen Asylgesetzgebung und sogar des Grundgesetzes mitgetragen. Die Krise wurde schnell bewältigt, das Problem gelöst. Die Menschen waren mit ihrer Demokratie, mit ihrem Parteiensystem wieder zufrieden.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sind Sie in Berlin Regierungspartei und zeichnen sich dort nicht durch Handlungsbereitschaft, sondern nur durch Verzögerungstaktik aus. Wenn das 1992, als Sie in der Opposition waren, schon so gewesen wäre, hätten wir die Probleme damals nie in den Griff bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Alle Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden, wurden von der CSU, von der Staatsregierung, frühzeitig vorgeschlagen. Leider kommen sie jetzt erst sehr spät, und das mindert natürlich oftmals ihre Wirkung; denn je größer das Problem, umso schwieriger und schwergewichtiger sind die Maßnahmen. Wir hätten eher handeln müssen, wie es die CSU gefordert hat, dann hätten wir uns einiges von dem erspart, was jetzt auf uns

zugekommen ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorausschauende Politik sieht anders aus als die Politik der SPD in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei der CSU)

Es ist auch nicht ausreichend, wenn Ihre Vormänner Gabriel und Oppermann jetzt von Begrenzung sprechen, aber keine vernünftigen Vorschläge bringen. Was Sie zurzeit tun, ist nur eine Beschwichtigungstaktik gegenüber den eigenen Mitgliedern und gegenüber Ihren eigenen Anhängern, die mittlerweile nervös werden, weil sie merken, dass die Dinge aus dem Ruder laufen.

Die Rede des Herrn Kollegen Rinderspacher hat wieder einmal bewiesen: Die SPD hat in Bayern nichts zu sagen, nicht nur deswegen, weil sie keine große Unterstützung in der Bevölkerung hat, sondern weil sie auch inhaltlich nichts sagt. Wenn Sie so weitermachen, werden Sie noch von den Zeiten schwärmen, als die Bayern-SPD einmal 20 % der Wählerstimmen erreicht hat.

In Sachsen-Anhalt laufen Ihnen ja schon die Kommunalpolitiker davon. In Sachsen-Anhalt tritt der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt aus Ihrer Partei aus. Er sagt, er lasse sich den Mund nicht verbieten. Er bezeichnet die Politik der SPD-Spitzenkandidaten als völlig realitätsfern. Ihr Ex-Oberbürgermeister Trümper hatte bei der letzten OB-Wahl immerhin rund 70 % der Wählerstimmen. Er ist also ein Mann, der nah an der Basis ist und offensichtlich vor Ort die richtigen Lösungen gefunden hat. Er hat jetzt die Konsequenz gezogen aus dem Versagen der SPD in der Flüchtlingsthematik.

(Beifall bei der CSU)

Die SPD ist die ehemalige Arbeiterpartei, die echte sind ja jetzt wir.

(Zurufe von der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn, dann wir! Ihr sicher nicht!)

Ich weiß schon, diese Feststellung tut weh, aber Sie werden damit leben müssen, dass die CSU die kleinen Leute vertritt. Wir sind im Übrigen auch stolz darauf, die kleinen Leute zu vertreten und die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen, anstatt herumzutaktieren und Probleme zu verschieben.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie - das gilt übrigens auch für die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN – in der Flüchtlingspolitik auf die Höhe der Zeit kommen wollen, empfehle ich Ihnen: Lesen Sie unsere Dringlichkeitsanträge, die wir vor einem halben Jahr eingebracht haben. Sie wissen dann, was jetzt angesagt ist und was jetzt umgesetzt wird und werden muss. Dann Sie wieder up to date.

Im Übrigen gibt es auch Dinge, die mich persönlich ärgern. Herr Kollege Taşdelen hat in der letzten Plenarsitzung behauptet, die CSU hätte schon immer auf Kosten von ausländischen Mitbürgern Stimmung gemacht, und hat einige Beispiele genannt, die völlig daneben waren – Gastarbeiter, Russland-Deutsche. Herr Kollege Taşdelen, etwas Nachhilfe – ich habe es Ihnen schon persönlich gesagt, möchte es aber an dieser Stelle noch einmal betonen -: Der Anwerbestopp ist von der SPD-Regierung 1973 verkündet worden. Damals hat die CDU/CSU nicht regiert.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Gott sei Dank!)

Die Russland-Deutschen wurden von uns aufgenommen, Sie waren damals skeptisch und dagegen. In der gleichen Zeit haben wir über 200.000 jüdische Kontingentflüchtlinge aufgenommen – alles unter CDU/CSU-Regierung, mit dem Einverständnis der CSU - sowieso wie eine halbe Million Flüchtlinge aus dem Bosnienkrieg.

Hier auch noch ein Hinweis: Sie verschweigen vielen Flüchtlingen, dass Flüchtlingsstatus Aufenthalt auf Zeit bedeutet. Viele der damaligen Flüchtlinge mussten zurückgehen. Das muss man auch denen sagen, die jetzt ihre Zelte in sicher schwierigen Verhältnissen abbrechen in der Meinung, dass sie in Deutschland auf Dauer eine gute

Zukunft haben. Viele werden nach dem Ende der Kriegshandlungen zurückkehren müssen. Wenn sie das wirklich realisieren und wissen, müssen sie gut überlegen, ob sie sich in ein völlig überfülltes Aufnahmelager begeben und damit vielleicht eine schlechtere Variante wählen wollen, als sie bisher hatten – die meisten kommen auch nicht direkt aus dem Kriegsgebiet, sondern aus sicheren Drittstaaten oder über viele Zwischenstationen.

Ähnliches gilt für die Politik der GRÜNEN, und hier ist es noch wesentlich schlimmer: Noch vor wenigen Monaten haben Sie in diesem Haus gefordert, wir sollten Millionen Roma aus den Balkanstaaten wegen der dort unstrittig vorhandenen Diskriminierung aufnehmen. Heute stimmen Sie im Bundesrat der Erweiterung der sicheren Drittstaaten um genau diese Balkanstaaten zu. Wieso so spät? Warum nicht eher? Warum immer so weltfremde Forderungen, die kein Mensch ernst nimmt und die Bevölkerung nur beunruhigen, anstatt mehr Sicherheit zu bringen? Wo besteht die Kooperationsbereitschaft, die Sie immer ankündigen? Nur bei der Integration? Warum nicht auch bei der Begrenzung der Zuwanderung?

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Durchhalteparolen sind keine Lösung, und mehr haben Sie uns nicht zu bieten. Die einzige Partei, die durchdachte Lösungen anbietet, ist die CSU. Manchmal sind es auch nur Lösungsansätze; denn nicht alles lässt sich im Vorhinein einschätzen. Sie werden aber sehen, die Geschichte wird uns auch hier Recht geben, weil wir die richtigen Wege beschreiten.

Die CSU steht aber für beide Seiten der Medaille. Der Herr Kollege Neumeyer hat es gerade treffend ausgeführt: Wir sind auch die Partei der gelingenden Integration, und darauf sind wir stolz. Wir haben keine Situation wie in Teilen Berlins und anderen deutschen Großstädten, in denen es ghettoartige Regionen mit entsprechenden negativen Erscheinungen gibt. – Herr Buschkowsky in Berlin ist ein gutes Beispiel dafür; er hat das ja immer kritisiert. – Das gibt es bei uns in Bayern nicht, und das wollen wir auch nicht. Wir treten deshalb für eine deutliche Reduzierung der Zuwanderung ein.

Ein freies Europa ohne Grenzen basiert auf der Abtretung von Kompetenzen der Nationalstaaten an die Europäische Union – Schengen, Grenzsicherung, Außengrenzsicherung, wie es Spanien, aber auch Ungarn macht, das in dieser Frage, wenn es um Grenzsicherung geht, mit Sicherheit die Verträge besser einhält als andere europäische Staaten. Im Übrigen haben die Nationalstaaten noch lange nicht deswegen ausgedient, weil sie Kompetenzen an die Europäische Union übertragen, bei der die Kompetenzen zum Teil besser aufgehoben sind; bei Schengen, Dublin II und Dublin III ist dies ja offensichtlich derzeit nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein paar letzte Worte zu den FREIEN WÄHLERN: Lieber Herr Kollege Aiwanger, eure Politik ist durch ein außerordentliches Zickzack gekennzeichnet. Ich kenne das Schreiben - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aus eurer Wahrnehmung fahren wir im Zickzack! Wir stehen! Ihr fahrt im Zickzack!)

- Ganz ruhig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir stehen! Ihr fahrt Zickzack!)

- Das ist für deinen Blutdruck nicht gut, ganz ruhig. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, Sie kennen doch alle das Schreiben der FREIEN WÄHLER Unterfranken, die noch vor wenigen Wochen den Untergliederungen mitgeteilt haben, sich doch in Flüchtlingslagern zu engagieren

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sich des Themas anzunehmen!)

und durch persönliche Präsenz Bekanntheit zu erlangen. Sie versuchen nicht, die Probleme zu lösen, sondern wollen auf Kosten der Flüchtlinge Bekanntheit erlangen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Dr. Fahn hat das unterschrieben. Das können Sie nicht leugnen. Der Brief liegt uns doch vor.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann gehen Sie doch zur Staatsanwaltschaft mit diesem Brief!)

Vor wenigen Monaten hat Kollegin Schmidt die schlechte Unterbringung der Flüchtlinge kritisiert. Sie hat gesagt: Wenn das in den Jahren 1945 und 1946 auch so gewesen wäre, wären die Heimatvertriebenen aus Empörung über die Unterbringung einfach wieder zurückgegangen. - Das ist eine Geschichtsverfälschung sondergleichen. Damals konnte niemand zurückkehren, obwohl eigentlich alle zurückkehren wollten.

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das gilt ebenso für die Vergleiche des Herrn Kollegen Rinderspacher. Diese hatten auch mit dem Thema "Vertreibung und Flucht in der Nachkriegszeit" zu tun. Deutschland hat damals den Krieg verursacht und ihn verloren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit hat es die Vertreibung ermöglicht. Das sage ich Ihnen jetzt einmal sehr deutlich.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Dafür haben wir die Konsequenzen getragen. Unser Land war zerstört. Niemand wäre aus wirtschaftlichen Gründen zu uns gekommen. Diese Vergleiche verbieten sich, weil sie schief und falsch sind. Erlaubt und richtig ist, die Konsequenz zu ziehen, Flucht und Vertreibung zu ächten und Flüchtlingen zu helfen, soweit das in den Grenzen unseres Staates möglich ist.

Damit komme ich zum Schluss.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist auch vorbei.

**Josef Zellmeier (CSU):** - Ja, liebe Frau Präsidentin. – Wir können nur in den Grenzen des deutschen Staates Hilfe leisten. Diese Grenze ist schon lange erreicht. Wir müssen handeln.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Herr Kollege Zellmeier, Sie haben an uns appelliert, gemeinsam zu handeln. An uns soll es nicht liegen.

(Widerspruch bei der CSU)

Letztendlich erlebe ich leider eine große Abschottung und ein großes Ausgrenzen allerer, die mithelfen und mitwirken wollen. Im Zusammenhang mit dem Stichwort "gemeinsames Handeln" erinnere ich an den Asylkompromiss des Jahres 2014. Die Ausweisung von sicheren Herkunftsstaaten war nicht unsere Idee. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass sie uns nicht weiterbringen. Es hat den Kompromiss gegeben, dem zuzustimmen, um im Gegenzug Leistungen der Integration voranzubringen. Das ist beispielsweise die Einführung einer Gesundheitskarte. Dazu zählt auch die Möglichkeit, dass die hier lebenden Asylsuchenden und Flüchtlinge endlich früher arbeiten dürfen, können und sollen.

Was machen Sie in Bayern? – Sie lehnen die Gesundheitskarte ab. Hinsichtlich der Eröffnung von Möglichkeiten, damit Flüchtlinge früher arbeiten können, erfinden Sie alle möglichen Ausschlussgründe. Die Ausländerbehörden sind so restriktiv wie in keinem anderen Bundesland. Wie soll man Kompromisse schließen, wenn die Versprechungen von Ihrer Seite ständig auf diese Art und Weise hintertrieben und unterlaufen werden?

Sie wollen den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien raten, sich zu überlegen, ob sie nicht zu Hause bleiben.

(Die Rednerin hält eine Seite der "Süddeutschen Zeitung" hoch)

In der "Süddeutschen Zeitung" ist das Bild eines Flüchtlings aus Syrien abgedruckt, der gerne seine Familie nachholen wollte. Das dauerte offenbar unendlich lange. Dies hatte zur Folge, dass seine Frau bei einem Bombenangriff gestorben ist. Seine Tochter wurde schwer verletzt. Momentan sollten Sie sich mit solchen Ratschlägen zurückhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Josef Zellmeier (CSU):** Frau Kollegin Kamm, natürlich berührt dieses tragische Schicksal uns alle. Mit tragischen Einzelschicksalen können wir jedoch keine generelle Flüchtlingspolitik in Deutschland betreiben. Das sollte uns doch klar sein. Wir müssen versuchen, bestmöglich zu helfen, vor allem in den Flüchtlingslagern der Regionen. Wir müssen die Situation vor Ort verbessern und eine möglichst heimatnahe Unterbringung gewährleisten. Im Rahmen der Möglichkeiten, die wir haben, müssen wir auch im Inland helfen. Die Grenzen der Möglichkeiten sind jedoch bereits erreicht und überschritten. Das sagen auch Ihre Kommunalpolitiker. Hören Sie doch einmal auf Ihre Basis, die Leute, die wirklich vor Ort tätig sind.

Im Übrigen haben Sie recht, dass die Ausweisung sicherer Drittstaaten alleine das Problem nicht löst. Der größte Fehler wäre jedoch, nichts zu machen. Alle Einzellösungen, die wir anbieten und im Paket ein sinnvolles Ganzes ergeben, werden von Ihnen doch torpediert.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

In einer der letzten Plenarsitzungen haben Sie gefordert, den Flüchtlingen aus sicheren Drittstaaten möglichst schnell Arbeit zu geben. Das weiß ich noch. Sie haben einen Fall aus Senegal genannt. Das ist doch bekannt: Für Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten gibt es in der Regel keine Arbeitserlaubnis, weil diese Menschen schnellstmöglich zurückgehen sollen. Wir sollen denjenigen mit einer Arbeitserlaubnis helfen, die mutmaßlich dableiben dürfen. Bei ihnen ist die Erlaubnis richtig aufgehoben. Sie glauben doch nicht, dass die deutsche Wirtschaft bei einer Zuwanderung von

einer Million Menschen im Jahr oder mehr allen Arbeit geben kann. Wir müssen uns auf diejenigen konzentrieren, die eine Bleibeperspektive haben. Bitte seien Sie realistisch!

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Alles, was Sie sagen, ist wieder typisch. Sie machen bei den Änderungen nur zögerlich mit und wollen eigentlich nicht. Und warum? – Sie haben Angst, dass Ihr Herr Kretschmann in Baden-Württemberg stürzen könnte.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist unmöglich!)

Das ist der wahre Grund. Ansonsten sind Sie nicht bereit, irgendetwas Vernünftiges in die Wege zu leiten.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Damit sind wir am Ende der Debatte. Ich darf mich beim Herrn Ministerpräsidenten für die Regierungserklärung und bei den Fraktionen bedanken. Gehen wir gemeinsam an die Arbeit. Heute wurde in der Debatte die Bekämpfung von Fluchtursachen genannt. Das passt, weil heute das "Eine Welt Netzwerk Bayern" bei uns ist. Unsere entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher haben die Veranstaltung über die Fraktionen hinweg mit den Verantwortlichen im Senatssaal organisiert. Nutzen Sie die Mittagspause und schauen Sie einmal rüber. Die Debatte über die Bekämpfung von Fluchtursachen hat insofern gepasst. Das haben wir unbeabsichtigt alles auf diesen Tag gelegt.

Damit unterbreche ich die Sitzung für die Mittagspause. Wir machen um 14.15 Uhr weiter. Bitte seien Sie pünktlich, es geht nämlich um den Nachtragshaushalt.

(Unterbrechung von 13.37 bis 14.15 Uhr)